
GESCHÄFTSBERICHT

2008



L-BANK IN ZAHLEN

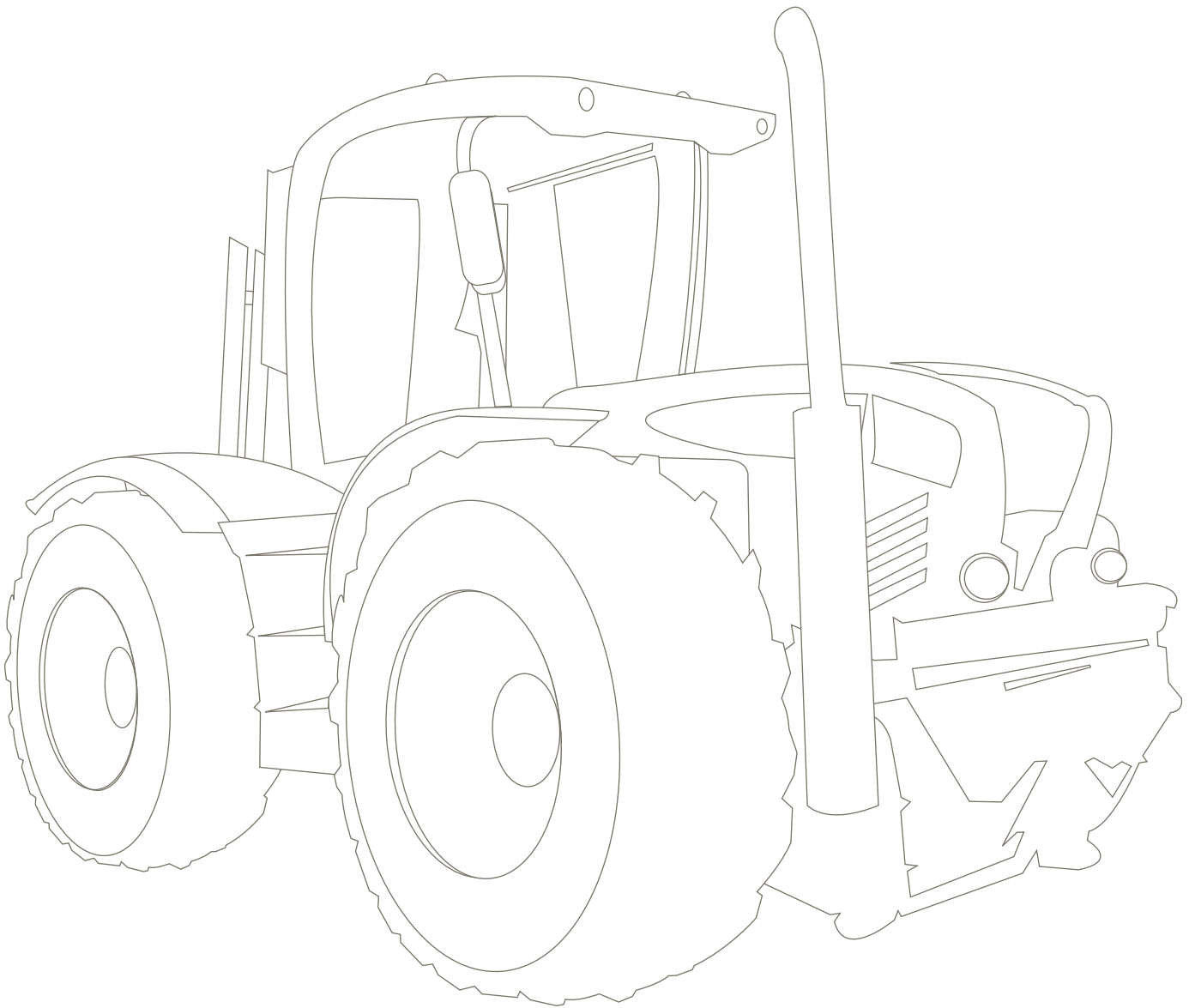
ÜBERSICHT 2005 – 2008	2005	2006	2007	2008
	In Mio. EUR	In Mio. EUR	In Mio. EUR	In Mio. EUR
Bilanzsumme	49.887,10	52.011,04	59.536,27	61.286,49
Eigenkapital	1.773,69	1.818,34	1.813,49	1.733,70
Zinsüberschuss	444,82	379,16	338,49	353,64
Jahresüberschuss	142,58	144,65	101,65	21,71
Neuzusagen	10.820,66	13.302,71	27.814,47	12.661,72

	2005	2006	2007	2008
Kernkapitalquoten	7,2 %	7,0 %	5,66 %	7,35 %
Gesamtkapitalquoten	13,0 %	12,6 %	9,96 %	12,94 %
Zahl der Mitarbeiter	1.119	1.122	1.130	1.175

2008	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AA+ (pos.)

DIE L-BANK UND IHRE AUFGABEN.

Die L-Bank ist die Staatsbank für Baden-Württemberg. Sie fördert mittelständische Unternehmen, Kommunen und Familien mit Kindern. Damit unterstützt die L-Bank das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben: zum Beispiel bei der Strukturentwicklung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg. Diesem Schwerpunktthema widmet sich der vorliegende Geschäftsbericht.



INHALT

GRUSSWORTE

Brief an die Geschäftspartner, Grußwort des Ministerpräsidenten, Bericht des Verwaltungsrats _____ 09

SCHWERPUNKTTHEMA

Wirtschaftsstandort ländlicher Raum: Herausforderungen und Chancen _____ 17

GESCHÄFTSFELDER

Stärken entwickeln und Entwicklungen anregen – im ländlichen Raum _____ 31

UNTERNEHMENSSTRUKTUR

Vorstand, Verwaltungsrat, Beteiligungen _____ 41

LAGEBERICHT

_____ 49

JAHRESABSCHLUSS

_____ 75



WIR HELFEN LANDWIRTEN, GUTE ERGEBNISSE EINZUFAHREN.

Wenn Betriebe wachsen wollen, sind wir zur Stelle. Wenn ihre Produkte wachsen sollen, erst recht! Die L-Bank unterstützt landwirtschaftliche Betriebe bei Investitionen, Hofübernahmen oder Liquiditätsgapen. Und hilft bei Maßnahmen zum Umwelt-, Klima-, Tier- und Verbraucherschutz mit günstigen Darlehen. Denn das beste Wachstum ist schließlich das gesunde.





GRUSSWÖRTE

BRIEF AN DIE GESCHÄFTSPARTNER, GRUSSWORT DES
MINISTERPRÄSIDENTEN, BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



→ CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands

Liebe Geschäftspartner,
in den vergangenen Monaten haben sich die Voraussetzungen unserer Arbeit deutlich verändert. Seit Ende 2008 spüren wir, dass sich die Konjunktur abkühlt. Dies merken wir umso stärker, weil 2007 ein wirtschaftlich sehr erfolgreiches Jahr war. Daher gilt aber auch: Wer die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung beurteilt, sollte nicht die unmittelbar vorhergehende Phase der Hochkonjunktur als Richtschnur heranziehen.

Wie sieht also aktuell die Situation für die mittelständischen Unternehmen aus? Die vielfach befürchtete Kreditklemme ist nicht eingetreten. Verständlicherweise sind die mittelständischen Betriebe aber zurückhaltend mit Investitionen, insbesondere bei Erweiterungsinvestitionen wird abgewartet. Entsprechend weniger Kreditanfragen gehen ein. Gerade für Mittelständler mit guter Bonität ist das Angebot zurzeit jedoch günstig, denn das absolute Zinsniveau ist stark gesunken. Schwieriger sieht die Situation bei der Finanzierung hoher Volumina der Industrie aus. Die Hausbanken wägen hier sorgfältiger ab, welche Risiken sie übernehmen können. Denn für sie müssen Risiko und Marge im richtigen Verhältnis stehen. Genau an dieser Stelle sind die Förderbanken jetzt besonders gefragt: Wenn sie Liquidität zu einem risiko- adäquaten Preis anbieten und die Risikoentlastung in den Programmen ausbauen, erleichtern die Förderinstitute die Arbeit der Hausbanken. Die L-Bank

hat zum Beispiel im März 2009 in Kooperation mit der Bürgschaftsbank bei ihrem Liquiditätshilfeprogramm eine Komponente zur Risikoentlastung eingeführt. Damit trägt sie dem steigenden Betriebsmittel- und Konsolidierungsbedarf der Unternehmen Rechnung. Insgesamt setzen sich die Förderbanken stärker für die Sicherstellung langfristiger Refinanzierungen im Mittelstand ein und entsprechen einer verstärkten Nachfrage nach Globaldarlehen und Förderdarlehen durch die Hausbanken.

Impulse für die Unternehmen und die Konjunktur gibt dabei nicht nur die Wirtschaftsförderung. Auch andere Förderschwerpunkte der L-Bank – wie Wohnungsbau, Infrastruktur sowie Klima- und Umweltschutz – wirken sich mittelbar auf die Situation der Unternehmen aus. Wenn hier eine Investition angeregt wird, bedeutet das unter anderem auch neue Aufträge für die heimische Wirtschaft. Mit diesem Förderspektrum steht die L-Bank dem Mittelstand und den Geschäftsbanken im Land als verlässlicher Partner zur Seite.

Darüber hinaus war 2008 für die L-Bank ein gutes Jahr. Sie hatte keine Ausfälle durch die Finanzmarktkrise. Auch beim Betriebsergebnis nach Wertberichtigung hatte die L-Bank ihr bisher bestes Jahr. Damit hilft sie Stabilität zu schaffen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die staatlichen Garantien, durch sie sind für Förderinstitute wie die L-Bank langfristige Refinanzierungen

leichter zugänglich. In der Regel birgt das Fördergeschäft auch geringere Risiken als die Arbeit der Geschäftsbanken. Allerdings sind für die regional orientierten Institute der Länder Klumpenrisiken zum Teil nicht zu vermeiden. Sie ergeben sich aus der Struktur des regionalen Mittelstands. So trugen in den letzten Jahren die Automobilindustrie und die Exportstärke der baden-württembergischen Unternehmen entscheidend zur Entwicklung des Standorts bei. Sowohl die Schwierigkeiten der Branche als auch die Einbrüche bei den Exporten bergen zurzeit Risiken. Durch ein aktives Portfoliomanagement vermeidet die L-Bank, dass sich diese Klumpenrisiken auf die Bank zu stark auswirken.

Gerade wenn das Thema abkühlende Konjunktur im Mittelpunkt steht, ist das Entwicklungspotenzial eines Standorts ausschlaggebend. Baden-Württemberg hat eine gute Ausgangslage. Sein Mittelstand ist international wettbewerbsfähig; das Land ist die Innovationsregion Nr. 1 in der EU. Anders als in vielen anderen Regionen ist die strukturelle Entwicklung des Landes ausgeglichen. Wo hier Entwicklungen angeregt werden müssen, welche Möglichkeiten sich bieten und welche Ansätze die L-Bank jetzt schon konkret unterstützt, das zeigen die Beiträge zu dem Schwerpunktthema „Ländlicher Raum“ in unserem Geschäftsbericht. Hoch entwickelte Produktions- und Dienstleistungsangebote konzentrieren sich in Baden-Württemberg nicht nur auf wenige Metropolregionen. Branchenführer

findet man hier weitab von den Ballungszentren. Das ist nicht nur ein Vorteil für die Unternehmen, die Kommunen und die Menschen, die hier leben und arbeiten, sondern für das ganze Land. Denn diese ausgewogene Struktur mit einem geringen Stadt-Land-Gefälle bietet eine gute Ausgangslage, um in Zukunft die Veränderungen zu bewältigen, die durch die Globalisierung, den demografischen Wandel oder den Klimawandel notwendig werden. Sie werden sehen, dass ländlicher Raum nur wenig mit ländlicher Abgeschlossenheit zu tun hat. Dafür, dass das auch so bleibt, engagieren wir uns.

Karlsruhe, 20. März 2009

Ihr



CHRISTIAN BRAND

Vorsitzender des Vorstands

GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



→ GÜNTHER H. OETTINGER MdL
Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg

Der ländliche Raum ist ein wichtiger Bestandteil der Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs. Er ist für über 35 % der Bürgerinnen und Bürger in 665 Gemeinden eine attraktive Heimat. Typisch für den Südwesten sind die gleichmäßig verteilte Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur und die ebenso dezentrale Bildungs-, Hochschul- und Forschungsinfrastruktur. Dies ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für unser Land. Nirgendwo sonst in Deutschland und Europa sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land so gering wie in Baden-Württemberg. Diese Stärke ist das Ergebnis einer konsequenten Strukturpolitik in den vergangenen Jahrzehnten.

Vor allem als Standort des Mittelstands sind die Gebiete jenseits der Ballungsräume von großer Bedeutung. Viele Hightech-Betriebe und einige Unternehmen von Weltrang haben ihren Sitz in kleinen Gemeinden. Diese Betriebe bilden neben einer wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft, einem vitalen Handwerk und einem sehr präsenten Dienstleistungssektor die Grundlage für die Wirtschaftskraft in den ländlichen Regionen und die wirtschaftliche Stabilität des ganzen Landes. Nur mit einem starken Mittelstand können die Menschen Arbeitsplätze in ihrer Heimat finden und so die Städte entlastet werden. Ballungsräume und Ländliche Räume sind und bleiben aufeinander angewiesen.

Aber Deutschland und auch Baden-Württemberg erleben derzeit eine Phase gravierender struktureller Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Jenseits der aktuellen Schwächephase der Konjunktur stellen Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse in der Wirtschaft, die Globalisierung, die demografische Entwicklung sowie ein vielfältiger

Strukturwandel den ländlichen Raum vor besondere Aufgaben, die spezifische Antworten verlangen. Herausforderungen wie die gesundheitliche Versorgung, Mobilitätsfragen, die schulische Versorgung, das schnelle Internet, die interkommunale Zusammenarbeit oder die Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen müssen in einer gemeinsamen Anstrengung aller betroffenen Akteure aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Finanzwelt neu beantwortet werden. Die Landesregierung hat hierzu den Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ eingesetzt, der Lösungen für die anstehenden Fragen erarbeitet.

Die L-Bank ist nicht nur eine der großen Förderbanken Europas, sie ist zugleich nah bei den Menschen. Eine enge Kommunikation mit den jeweiligen Hausbanken sorgt dafür, dass das breite Förderangebot der Staatsbank stets aktuell den Bedürfnissen der potenziellen Empfänger angepasst werden kann. Viele Förder- und Darlehensprogramme berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der unterschiedlich strukturierten Regionen.

Ich bin der L-Bank dankbar für diesen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes und zuversichtlich, dass er auch in Zukunft seine Rolle als das starke Rückgrat Baden-Württembergs wahrnimmt. Der L-Bank, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen Kunden wünsche ich ein erfolgreiches Jahr 2009.

GÜNTHER H. OETTINGER MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



→ ERNST PFISTER MdL
Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg

Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2008 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers. Nach dem Ergebnis der Prüfung durch den Verwaltungsrat wurden keine Einwendungen gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Landeskreditbank Baden-Württemberg zum 31.12.2008 sowie den Lagebericht erhoben.

In seiner Sitzung am 24. April 2009 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2008 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 von 25.849.533,37 EUR eine

Ausschüttung in Höhe von 25,0 Mio. EUR an das Land Baden-Württemberg vorzunehmen und den danach verbleibenden Betrag von 849.533,37 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 24. April 2009

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
ERNST PFISTER MdL
Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg



WIR MACHEN MANNSCHAFTEN FIT FÜR DEN NATIONALEN WETTBEWERB.

Ein Unternehmen, das auf dem Land investiert, hat beste Chancen, über sich hinauszuwachsen. Hier gibt es einige Firmen, die in der Liga der Top-Unternehmen ganz vorn dabei sind. Dafür sorgen auch die Förderungen der L-Bank: für Grundstücke, Anlagen und Maschinen, Geschäftseinrichtungen oder IT. So können Unternehmen auf dem flachen Land zu höchster Form auflaufen.





SCHWERPUNKTTHEMA

WIRTSCHAFTSSTANDORT LÄNDLICHER RAUM:
HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

WIRTSCHAFTSSTANDORT LÄNDLICHER RAUM: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

LÄNDLICHE REGIONEN: VIELFÄLTIG, MULTIFUNKTIONAL UND DYNAMISCH

„Ländlich“: eine wichtige Kategorie,
aber schwer abzugrenzen.

Der Begriff „ländlich“ wird in Alltagssprache, Politik und Wissenschaft häufig verwendet. Dabei besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass ländliche Regionen bestimmte Merkmale aufweisen. So zeichnen sie sich unter anderem durch eine eher geringe Bevölkerungsdichte und eine Siedlungsstruktur mit hohem Flächenverbrauch aus und sie haben ein großes Potenzial für landschaftliche Nutzungen. Große Einzugsgebiete erschweren tendenziell die Erreichbarkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und es gibt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Berufspendlern. Die Vorstellungen darüber, wie ländliche Regionen von anderen Regionen genau abzugrenzen sind, unterscheiden sich jedoch zum Teil erheblich. Es gibt keine exakte und strikt angewandte, bundesweit gültige Definition von „ländlich“. In Baden-Württemberg liefert der Landesentwicklungsplan einen Anhaltspunkt dafür, welche Gemeinden als ländlich anzusehen sind.

Für Analysen – vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Regionen – sind allerdings nicht die Gemeinden, sondern die Landkreise und kreisfreien Städte die übliche Betrachtungsebene. Das liegt schlicht an der auf dieser Ebene wesentlich besseren Verfügbarkeit amtlicher Daten. Um in diesem Beitrag mehr als nur qualitative Entwicklungstrends aufzeigen zu können, wird daher ebenfalls die Landkreisebene betrachtet. Wir müssen dafür in Kauf nehmen, dass sich keine abschließende Liste derjenigen Landkreise Baden-Württembergs aufstellen lässt, die ländlich sind. Als grobe Richtschnur können Landkreise mit einem hohen Anteil ländlicher Gemeinden (gemäß Landesentwicklungsplan) als ländlich angesehen werden. Beispiele sind etwa die Landkreise Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall, Main-Tauber-Kreis, Freudenstadt, Waldshut, Alb-Donau-Kreis, Biberach und Sigmaringen. Diese Landkreise werden auch durch das

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) als ländlich eingestuft; genauer handelt es sich um den Kreistyp „ländliche Kreise im Regionstyp II (verstädterte Räume)“.

Ländliche Entwicklung geht uns alle an.

Die Entwicklung ländlicher Regionen ist nicht nur für die ländliche Bevölkerung relevant. Ländliche Regionen erfüllen auch Funktionen, die für die Lebensqualität der Menschen in anderen Raumkategorien bedeutsam sind. Ländliche Regionen sind die wichtigsten Standorte für die Agrarwirtschaft. Und diese leistet unter anderem einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft. Viele nichterneuerbare (z. B. Sand, Steine) und erneuerbare (z. B. nachwachsende Rohstoffe, Grundwasser, Windenergie) Ressourcen beziehen wir aus ländlichen Regionen. Außerdem sind ländliche Regionen interessant als Standorte für flächenintensive Infrastrukturanlagen. Sie bieten zudem wichtige Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten. Und natürlich darf nicht vergessen werden, dass auf dem Land Erholungssuchende aus allen Regionen vielfältige Möglichkeiten zur Regeneration finden.

Das Interesse an einer günstigen Entwicklung ländlicher Regionen geht aber über rein funktionale Gedanken hinaus. Alle Menschen in Deutschland haben einen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Er ist grundgesetzlich verankert und es gibt keinen Grund, dieses wichtige gesellschaftspolitische Anliegen in Frage zu stellen. Offen bleibt allerdings, was genau zukünftig unter Gleichwertigkeit verstanden werden soll. Einigkeit herrscht lediglich darüber, dass es nicht um eine Gleichheit der Lebensverhältnisse gehen kann.

„Ländlich“ ist kein Synonym für „strukturschwach“.

Ländliche Regionen zeichnen sich nicht nur durch landschaftliche und kulturelle Vielfalt aus. Sie

weisen auch deutliche Unterschiede in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf. Zum einen gibt es im Nordosten Deutschlands ländliche Regionen mit einer sehr geringen Bevölkerungsdichte, einer unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklung und daraus resultierenden gravierenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem junge und qualifizierte Menschen wandern ab, was in Verbindung mit niedrigen Geburtenraten zu einer Überalterung der Bevölkerung führt. Zum anderen sind viele ländliche Regionen wirtschaftlich gut aufgestellt und können zum Teil entgegen dem Bundestrend einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Eine gute Anbindung an Wirtschaftszentren mit starker Industrie, eine solide mittelständische Basis und eine günstige Branchenstruktur mit einem hohen Beschäftigungsanteil im Dienstleistungssektor sind häufige Merkmale wirtschaftlich starker ländlicher Regionen; so wie wir sie zum Beispiel in Baden-Württemberg vorfinden.

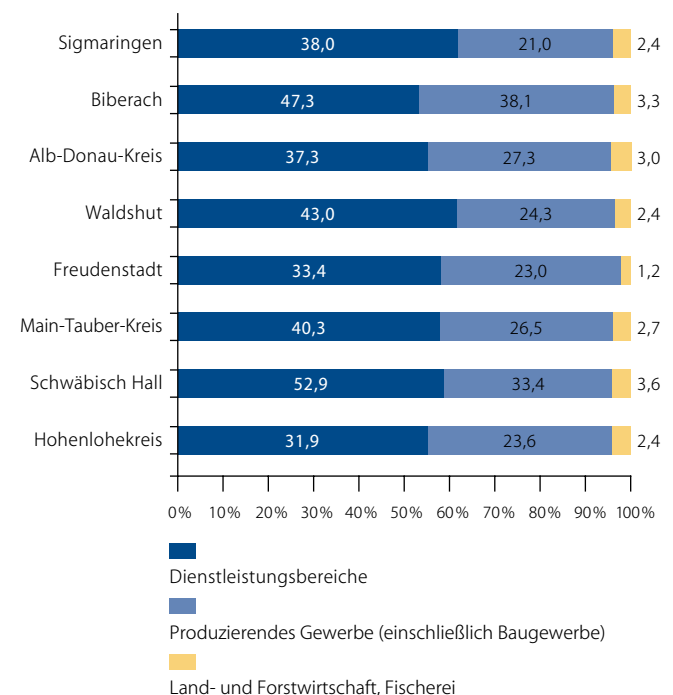
LÄNDLICHE REGIONEN IM WANDEL

Ländliche Wirtschaft ist viel mehr als Landwirtschaft.

Recht hartnäckig hält sich vielfach die Vorstellung, „ländlich“ bedeute vor allem „Landwirtschaft“. Den Status als treibende Wirtschaftskraft hat die Landwirtschaft jedoch verloren. Große Fortschritte in der Tier- und Pflanzenzüchtung, im Pflanzenschutz und in der Technisierung führten zwar zu einem deutlichen Anstieg der Produktivität in der Landwirtschaft. Entsprechend verringerte sich aber der Bedarf an Arbeitskräften. Inzwischen arbeitet in Deutschland nur rund jeder 50. Erwerbstätige im primären Sektor. Dort, wo die Landwirtschaft eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Bedeutung hat, ist das eher ein Indiz für eine schwache wirtschaftliche Entwicklung mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. So verhält es sich zum Beispiel in den peripher gelegenen Landkreisen Nordostdeutschlands (siehe Abbildung Seite 20).

Der Strukturwandel von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft erfasste alle Regionen Deutschlands. In den meisten Landkreisen dominieren heute die Dienstleistungsbereiche das wirtschaftliche Geschehen, auch in den ländlichen Landkreisen Baden-Württembergs. Hier hat das verarbeitende Gewerbe allerdings eine etwas größere Bedeutung als in den übrigen ländlichen Landkreisen der Bundesrepublik. Zugleich sind spezialisierte Dienstleistungen (Kreditgewerbe, Immobilien, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen) weniger stark vertreten.

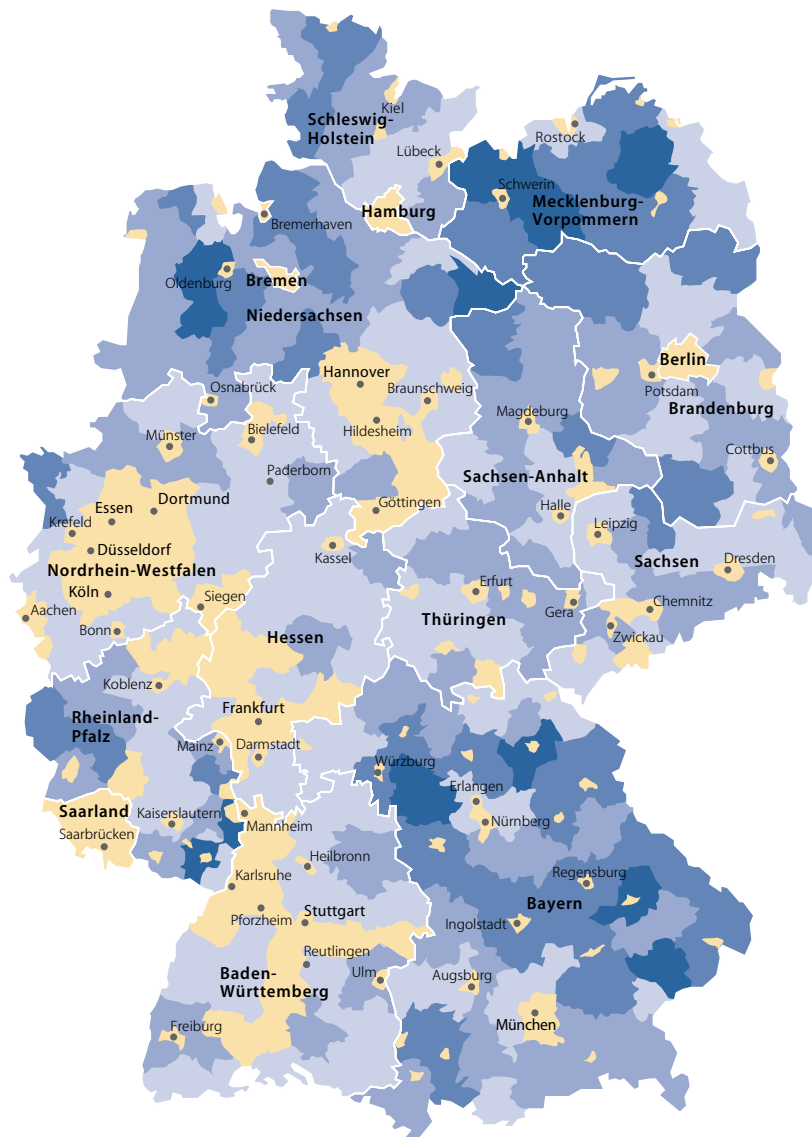
ANTEILE DER EINZELNEN SEKTOREN AN DER ERWERBSTÄTIGKEIT IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDLICHEN LANDKREISEN BADEN-WÜRTTEMBERGS



Quelle: Statistik regional, Ausgabe 2007; Angaben für das Jahr 2005.

Der Übergang von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hat längst stattgefunden. Die Dienstleistungsbereiche und das produzierende Gewerbe bestimmen das wirtschaftliche Geschehen, so auch in den ländlichen Landkreisen Baden-Württembergs.

ERWERBSTÄTIGE IM PRIMÄREN SEKTOR



Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor an den Erwerbstätigen in %



Quelle: Indikatoren zur Raumordnung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

Kreise und kreisfreie Städte, Zeitbezug 2005, Datengrundlage: Arbeitskreis, Erwerbstätigenrechnung der Länder; Eurostat Regio Datenbank.

Es ist auch in ländlichen Regionen eher die Ausnahme, dass jemand seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei (im sog. primären Sektor) verdient. Es gibt nur wenige Landkreise, in denen der Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor an allen Erwerbstätigen bei acht oder mehr Prozent liegt. Im Durchschnitt arbeitet in Deutschland nur rund jeder 50. Erwerbstätige in diesem Sektor.

Der Strukturwandel bringt hohe Anforderungen an ländliche Standorte mit sich.

Damit Unternehmen in ländlichen Regionen erfolgreich tätig sein können, müssen geeignete Standortbedingungen gestärkt oder neu geschaffen werden. Werden Unternehmen gefragt, welches die aus ihrer Sicht wichtigsten Standortbedingungen sind, ist die Antwort unabhängig davon, ob die Unternehmen in einem Ballungszentrum oder in einer ländlichen Region angesiedelt sind. Am häufigsten genannt werden das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die Nähe zu Kunden, Zulieferern und weiterverarbeitenden Betrieben, die Lohnkosten und die Verkehrserschließung. Auch der Zugang zu den neuesten Informations- und Kommunikationstechnologien ist heute unverzichtbar. Ein attraktives Wohnumfeld ist für die unternehmerischen Aktivitäten nicht direkt relevant. Es ist aber eine Grundvoraussetzung dafür, dass ländliche Unternehmen qualifizierte Fach- und Führungskräfte anwerben und langfristig halten können. Erschwingliche Immobilienpreise reichen dazu nicht aus. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Arztpraxen und Lebensmittelgeschäfte müssen ebenso wie Sport- und Freizeiteinrichtungen gut erreichbar sein. Und sie dürfen sich in ihrer Qualität nicht wesentlich von entsprechenden städtischen Einrichtungen unterscheiden.

Ländliche Regionen brauchen vor allem kluge Köpfe.

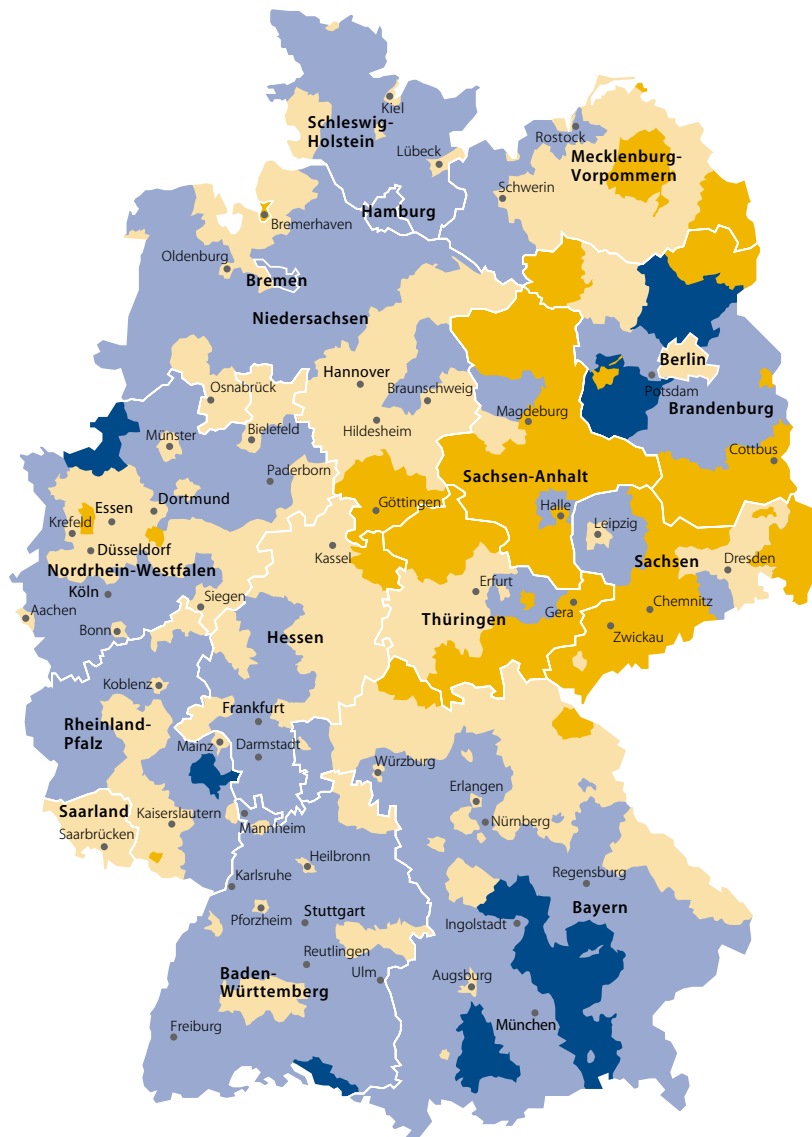
Der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung ländlicher Regionen sind die Menschen vor Ort. Unternehmen brauchen angesichts der hohen und weiter steigenden Bedeutung von Wissen als Produktionsfaktor verstärkt hoch qualifizierte Fachkräfte. Seit Ende der 1970er Jahre hat sich der Bedarf der Unternehmen an Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in Baden-Württemberg fast verdreifacht. Gleichzeitig werden immer weniger Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung eingestellt. Nur noch rund jeder fünfte Beschäftigte in Baden-Württemberg zählt heute zu dieser Gruppe.

Nicht in jeder Region Deutschlands ist ein hinreichend großes Potenzial an hoch qualifizierten Arbeitskräften verfügbar, um die Nachfrage der Unternehmen zu decken. Erste Engpässe zeichnen sich auch in Baden-Württemberg ab. Ländliche Regionen sind stärker betroffen als Hochschul- und Forschungshochburgen wie Stuttgart oder Heidelberg. Vor allem mangelt es an Absolventen technischer Studiengänge. Mit dezentral angesiedelten Ausbildungsstätten jenseits der großen Städte versucht Baden-Württemberg dem entgegenzuwirken und die ländlichen Regionen zu stärken. Beispiele sind die Fachhochschule Künzelsau und die Berufsakademie in Moosbach.

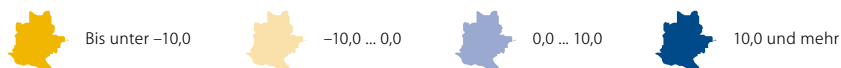
Der Rückgang der Gesamtbevölkerung infolge des demografischen Wandels wird in Zukunft zu einem wachsenden Fachkräftemangel führen, wenn nicht gegengesteuert wird. Die ländlichen Regionen Baden-Württembergs sind weit weniger von der Abwanderung junger, qualifizierter Menschen, rückläufigen Geburtenraten und der Bevölkerungsalterung betroffen als zum Beispiel die peripher gelegenen ländlichen Regionen in den neuen Ländern. Die Zahl junger Erwerbspersonen unter 25 Jahren und die Zahl der berufserfahrenen 40- bis 50-Jährigen sinken aber auch hier. Die Unternehmen stellt das bei der Akquisition von Fachkräften vor neue Herausforderungen.

Doch der demografische Wandel muss nicht zwangsläufig die Entwicklung bremsen. Zunehmend entdecken Unternehmen den hohen Wert älterer, gut ausgebildeter Arbeitnehmer. Diese können mit ihrer Erfahrung und ihrer reiferen Persönlichkeit punkten und kommen mit schwierigen Aufgaben oft besser zurecht als ihre jüngeren Kollegen. Viele ältere Bewohner ländlicher Regionen möchten außerdem auch nach Eintritt in das Rentenalter aktiv bleiben.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 2004–2020



Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung in %



Quelle: Indikatoren zur Raumordnung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

Kreise und kreisfreie Städte, Zeitbezug 2004/2020, Datengrundlage: Raumordnungsprognose 2020 des BBR.

Die Gesamtbevölkerung in Deutschland geht bis 2020 zurück. In welchem Ausmaß, ist von Region zu Region sehr unterschiedlich. In vielen Landkreisen in den neuen Ländern wird mit einem Rückgang der Bevölkerung um mehr als 10% gerechnet. Gleichzeitig überwiegt zum Beispiel in Baden-Württemberg die Zahl der Landkreise mit einer positiven Entwicklung.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN KREATIV MEISTERN

Die wirtschaftliche Entwicklung muss ganzheitlich gesehen werden.

Ob Globalisierung, Finanzkrise, demografischer Wandel, knappe Energieressourcen oder Klimawandel: Die Herausforderungen an ländliche Regionen sind vielfältig und komplex. Sollen sich ländliche Regionen als Wirtschaftsstandorte behaupten, dann müssen entsprechende Entwicklungskonzepte viele Aspekte berücksichtigen. Längst ist es nicht mehr damit getan, die Bemühungen auf den Agrarsektor zu konzentrieren. Bei der wirtschaftlichen Weiterentwicklung gilt es, branchenübergreifend günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Zugleich muss auch über den rein wirtschaftlichen Tellerrand hinausgeblickt werden. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung von Regionen können nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Zudem bietet nur ein eher geringer Anteil der ländlichen Unternehmen seine Produkte und Dienstleistungen ausschließlich auf regionalen Märkten an. Daher ist die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Regionen eng verknüpft mit der Entwicklung anderer Regionen.

Welche Entwicklungsmaßnahmen insgesamt zum wirtschaftlichen Erfolg einer ländlichen Region führen, lässt sich nicht ad hoc und ganz sicher nicht für alle Regionen einheitlich beantworten. Auf bestimmte Bausteine wird eine Region aber nur schwer verzichten können. Attraktive und dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten werden vor allem von mittelständischen Unternehmen geschaffen und erhalten. Damit kann deren Förderung einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Regionen leisten. Der Zugang zu Wissen und die gute Ausbildung junger Menschen entscheiden wesentlich über die Zukunftsfähigkeit von Regionen. Und damit eine wirtschaftliche Weiterentwicklung überhaupt stattfinden kann, muss die Ausstattung einer Region mit technischer und sozialer Infrastruktur in angemessenem Umfang gewährleistet sein.

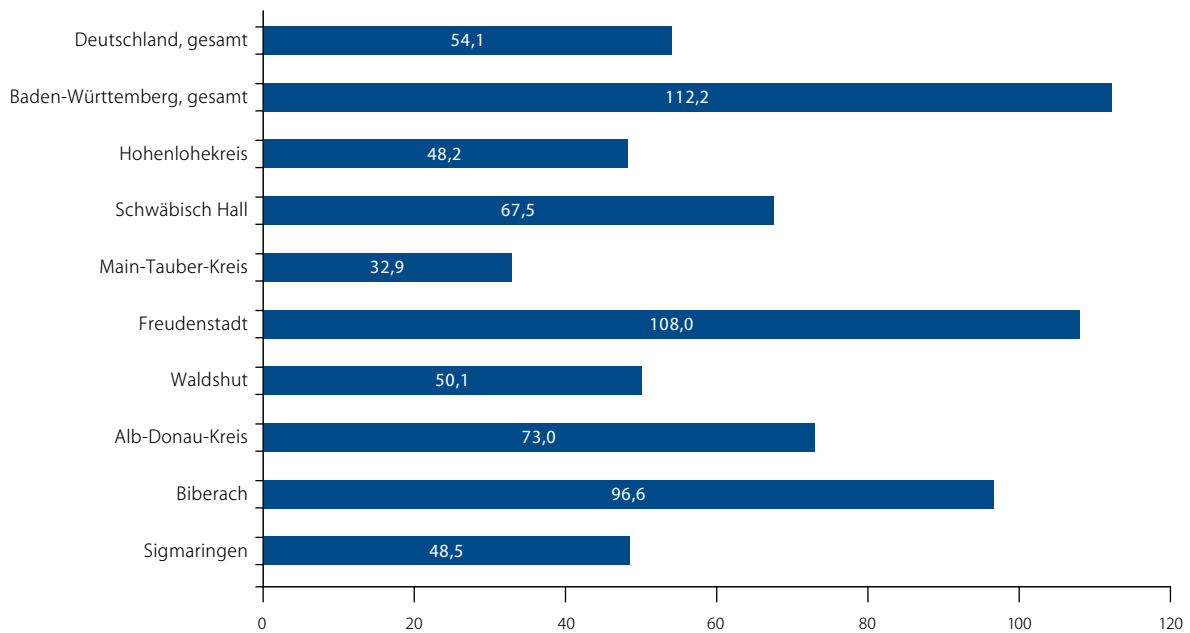
Ländliche Regionen brauchen eine solide mittelständische Basis.

Die Unternehmenslandschaft in den ländlichen Regionen Baden-Württembergs ist wie im Land insgesamt durch mittelständische Unternehmen geprägt. Gemäß der EU-Definition zählen hierzu alle Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 50 Mio. Euro oder einer Bilanzsumme von bis zu 43 Mio. Euro. Nach dieser Definition gibt es in Baden-Württemberg insgesamt rund 424.000 mittelständische Unternehmen, in denen über die Hälfte aller Beschäftigten tätig sind. Es handelt sich überwiegend um eigentümergeführte und familiengeführte Unternehmen. Deren Aktivitäten sind nicht durch Shareholder-Value-Denken bestimmt, sondern deutlich durch langfristiges Planen und eine Verantwortung für die Region und die Mitarbeiter des Unternehmens geprägt. Der Mittelstand bildet daher ein wichtiges Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen.

Mittelständische Unternehmen sind durch ein hohes Maß an Innovationsfähigkeit gekennzeichnet. So ist es nicht verwunderlich, dass in Baden-Württemberg sowohl absolut als auch bezogen auf die Bevölkerung im Bundesvergleich die meisten Patente angemeldet werden. Dabei beschränken sich die innovativen Aktivitäten nicht nur auf die Ballungszentren; Erfindergeist lässt sich auch in ländlichen Regionen finden. Einzelne ländliche Landkreise, zum Beispiel Freudenstadt oder Biberach, liegen mit ihrer Zahl der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 54,1. Auch ist so mancher „Hidden Champion“, also ein mittelständischer, außerhalb seiner Branche meist unbekannter Weltmarktführer, in ländlichen Regionen Baden-Württembergs angesiedelt.

Zinsgünstige Kredite und Bürgschaften für mittelständische Unternehmen in jeder ihrer Entwicklungsphasen können einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in ländlichen Regionen leisten.

ANZAHL DER PATENTANMELDUNGEN JE 100.000 EINWOHNER IM JAHR 2005 IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDLICHEN LANDKREISEN BADEN-WÜRTTEMBERGS



Quelle: Statistik regional, Ausgabe 2007; Patentatlas 2006.

Mit 112,2 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner im Jahr 2005 ist Baden-Württemberg das innovationsstärkste Bundesland, mit einigem Abstand gefolgt von Bayern (88,3) und Hessen (53,8). Auch mehrere ländliche Landkreise des Landes zeichnen sich durch eine im Bundesvergleich hohe Innovationskraft aus, zum Beispiel die Landkreise Freudenstadt, Biberach, Alb-Donau-Kreis und Schwäbisch Hall.

Sie sind aber nicht das einzige Instrument zur Stärkung des Mittelstandes. Weitere Instrumente sind: die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, die Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses, die Sicherstellung einer störungsfreien Energieversorgung zu angemessenen Preisen oder die Vergabe von Innovationsgutscheinen an kleine Unternehmen. Mit ihrer Hilfe kann ein mittelstandsfreundliches Wirtschaftsklima geschaffen werden. Baden-Württemberg setzt diese und weitere Maßnahmen zurzeit im Rahmen des „Zukunftsprogramms Mittelstand“ des Wirtschaftsministeriums um.

Bildung und Wissen sind der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg einer Region.

Nach einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird die Zahl der Schüler in allen Schulformen zurückgehen, und zwar in der Regel besonders stark in ländlichen Landkreisen. Zum Beispiel wird für den Zeitraum 2006/07 bis 2015/16 in den ländlichen Landkreisen mit einem Rückgang der Zahl der Grundschüler um bis zu 25 % gerechnet. Vor diesem Hintergrund gewinnen pädagogische Konzepte an Bedeutung, die an die geringen Schülerzahlen angepasst sind, wie zum Beispiel

der jahrgangsübergreifende Unterricht. Zurzeit wird er an 200 Modellschulen in Baden-Württemberg erprobt. Denn eine hochwertige, wohnortnahe Schulbildung trägt in erheblichem Maße zur Attraktivität einer Region als Wohn- und Wirtschaftsstandort bei.

Für die Ausbildung des Fach- und Führungskräftenachwuchses ländlicher Unternehmen sind die dezentralen Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und Berufsakademien des Landes unverzichtbare Einrichtungen. Vor allem Letzgenannte gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die Idee, Praxis im Betrieb mit Theorie an der Hochschule zu verknüpfen, bewährt sich. Was in Baden-Württemberg 1974 mit 164 Studierenden in 51 Betrieben begann, umfasst inzwischen knapp 21.000 Studierende an acht Berufsakademien mit elf Standorten und rund 7.500 kooperierenden Betrieben.

Die große Bedeutung lebenslangen Lernens für die Weiterentwicklung einer Wissensgesellschaft ist unumstritten. Auch ländliche Regionen benötigen daher ein attraktives Weiterbildungsangebot. Baden-Württemberg ist hier gut aufgestellt. Eine Vielfalt an Trägern wie kirchliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Landfrauen-Verbände, IHKs und private Einrichtungen bieten in den ländlichen Regionen ein breites Spektrum an Weiterbildungen an. E-Learning-Angebote können den klassischen Präsenzunterricht ergänzen oder eventuell dort ersetzen, wo infolge des Bevölkerungsrückgangs Weiterbildungseinrichtungen nicht mehr tragfähig sind. Das erfordert allerdings den Zugang zum Breitband-Internet. Die Voraussetzung ist in den meisten ländlichen Gemeinden Baden-Württembergs gegeben: Laut Breitbandatlas des BMWi haben nur drei Gemeinden des Landes gegenwärtig noch keinen Zugang mit einer Datenübertragungsrate von mehr als 128 kbit/s. Die meisten Haushalte sind mit Leistungen von 1 Mbit/s oder mehr versorgbar, was nach allgemeiner Auffassung für die Nutzung von E-Learning-Angeboten ausreicht. Mit seiner „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“ ist Baden-Württemberg hier in der Förderung bundesweit führend.

Wichtig ist auch der Zugang von Unternehmen zu neuem Wissen. Eine Region muss nicht unbedingt selbst Standort von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sein, um sich wirtschaftlich günstig zu entwickeln. Auch von einer Vernetzung mit regionsnahen Einrichtungen, in denen neues Wissen geschaffen und an den Nachwuchs weitergegeben wird, profitieren Unternehmen im ländlichen Raum. Für die Fraunhofer-Studie InnoKMU wurden im Jahr 2007 zu diesem Thema 151 innovative produzierende deutsche Unternehmen befragt. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die Vernetzung von Unternehmen untereinander, mit Kunden, Verbänden und eben auch mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen innovationssteigernd wirkt. Ein enger Kontakt zu Hochschulen kann darüber hinaus die Rekrutierung von Nachwuchskräften erleichtern. Baden-Württemberg verfügt mit 100 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, 14 Fraunhofer-Instituten und zwölf Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft sowie zahlreichen Steinbeis-Transfer-Zentren über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Und allein vier der neun Eliteuniversitäten Deutschlands befinden sich hier im Land.

Ländliche Regionen müssen vor allem für junge Menschen attraktiv sein.

Ländliche Regionen sollen für alle Bevölkerungsgruppen attraktive Wohnregionen sein. Besonders wichtig für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit von Regionen ist es jedoch, potenzielle Fach- und Führungskräfte sowie Jungunternehmer anzuwerben bzw. zu halten. Attraktive Arbeitsplätze und interessante Weiterbildungsmöglichkeiten sind Voraussetzung dafür, dass sich junge Menschen in einer ländlichen Region niederlassen und dort bleiben. Je besser junge Arbeitskräfte ausgebildet sind und je begehrt sie damit auf verschiedenen regionalen Arbeitsmärkten sind, desto bedeutsamer werden darüber hinaus andere Wohnortfaktoren. Die landschaftlichen Reize vieler ländlicher Regionen und ein möglicherweise stärkerer Zusammenhalt der Bürger in ländlichen Gemeinden sind

wichtige Pluspunkte. Oftmals reichen sie aber noch nicht aus.

Einige bedeutende Faktoren der Wohnortwahl privater Haushalte wurden jüngst in einer Studie des ifo Instituts herausgearbeitet – zwar für sächsische Gemeinden, die Ergebnisse lassen sich aber im Kern auf alle Länder übertragen: Zu den wichtigsten Merkmalen attraktiver Wohnorte zählen eine hohe Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs, die gute Erreichbarkeit von Schulen (nicht notwendigerweise in der eigenen Gemeinde), das Vorhandensein eines Krankenhauses und Naherholungsmöglichkeiten. Die Studie beschränkt sich auf messbare Faktoren. Es darf vermutet werden, dass auch die Qualität von Kultur- und Freizeiteinrichtungen und Kinderbetreuungseinrichtungen und noch weitere Faktoren bei der Wahl eines Wohnortes eine Rolle spielen.

Für die Bereitstellung vieler öffentlicher Dienstleistungen, die für die Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung hochrelevant sind, sind die Kommunen zuständig. Der Überschuss der Gemeinden und Gemeindeverbände Deutschlands in Höhe von 8,6 Mrd. Euro im Jahr 2007 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzielle Lage vieler ländlicher Gemeinden schwierig ist. Die Aufrechterhaltung bisheriger Standards oder sogar eine Orientierung an großstädtischen Standards der Versorgung ist langfristig gesehen unrealistisch. Es wird verstärkt darauf ankommen, neue Versorgungsformen zu entwickeln und zu erproben. Das wird in Teilbereichen eine Anpassung des ordnungspolitischen Rahmens erfordern.

MIT NEUEN IDEEN UND TATKRAFT DIE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG VORANTREIBEN

„Mit einer agrarbasierten Politik ist es immer weniger möglich, wirkungsvoll Einfluss auf Landbevölkerung und ländliche Orte auszuüben.“

Diese Schlussfolgerung lässt sich im OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume in

Deutschland aus dem Jahr 2007 finden. Es ist offensichtlich, dass die Agrarwirtschaft nur einen geringen Beitrag zur Entwicklung ländlicher Regionen leisten kann. Dennoch hat die Ausrichtung auf die Landwirtschaft in der Politik für ländliche Räume des Bundes immer noch eine große Bedeutung.

Allmählich ist allerdings ein Richtungswechsel erkennbar. Der wichtigste Rahmen für die Politik für ländliche Räume, die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), umfasst inzwischen erste sektorübergreifende Maßnahmen, zum Beispiel die Förderung der Breitbandversorgung in ländlichen Räumen. Weitere Anpassungen der GAK und anderer Politikinstrumente mit Bedeutung für die ländliche Entwicklung an die aktuellen Herausforderungen in ländlichen Regionen werden zurzeit in der „Interministeriellen Arbeitsgruppe Ländliche Räume“ diskutiert, die von der Bundesregierung im März 2008 eingesetzt wurde. Auf anderer Ebene wird eine stärkere Loslösung vom Agrarsektor erwogen und die Weiterentwicklung der GAK zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“ ins Auge gefasst, so zum Beispiel auf dem 22. Parteitag der CDU Ende 2008 in Stuttgart.

Ideen und Tatkraft vor Ort entscheiden über die wirtschaftliche Zukunft.

Um die Attraktivität ländlicher Wirtschaftsstandorte zu erhalten oder zu steigern, kommt es in hohem Maße auf das Know-how und die Kooperationsbereitschaft der Akteure vor Ort an. Entwicklungskonzepte müssen vor Ort erarbeitet und umgesetzt werden. Wenn die Kommunen sich nicht nur als Verwaltung verstehen, sondern gezielt Regionalentwicklung betreiben, können sie hierfür wichtige Impulse geben.

Die Politik für ländliche Räume setzt verstärkt auf selbst organisierte Regionen mit gemeinschaftlicher Verantwortung öffentlicher und privater Akteure. Diesen bietet sie die Möglichkeit, eigenverantwortlich

über ein Regionalbudget zu verfügen. Dieser Bottom-up-Ansatz wurde im Modellvorhaben „Regionen Aktiv“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in den Jahren 2001 bis 2008 in 18 Modellregionen in Deutschland erfolgreich erprobt. Der Ansatz gewinnt an Bedeutung. Regionalbudgets spielen gegenwärtig zum Beispiel im „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ in Schleswig-Holstein eine zentrale Rolle. Und sie wurden 2008 auch in der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) aufgegriffen – zunächst als Modellprojekt bis Ende 2013: Die Länder können strukturschwache Regionen im Rahmen der GRW-Förderung durch Regionalbudgets unterstützen.

Fazit: Es muss auf breiter Front an der Attraktivität ländlicher Standorte gearbeitet werden.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise werden auch in den ländlichen Regionen Baden-Württembergs spürbar sein. Doch mit ihrer soliden mittelständischen Basis sind die ländlichen Regionen tendenziell krisenfester als so manche Metropole. Damit das langfristig so bleibt, muss auf breiter Front an der Attraktivität ländlicher Standorte gearbeitet werden. Junge, hoch qualifizierte Menschen müssen in den ländlichen Regionen gehalten bzw. neu angeworben werden. Hier stehen die ländlichen Standorte in direkter Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsstandorten. Sie können nicht allein darauf vertrauen, dass ländliche Attribute wie eine reizvolle Landschaft oder eine lebendige Dorfkultur Magnet für den Fach- und Führungskräftenachwuchs sind. Dauerhaft ist die soziale und technische Infrastruktursituation entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen.

Zur Autorin:

Claudia Kriehn ist promovierte Volkswirtin und seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Johann

Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (Braunschweig). Dort ist sie im Aufgabefeld „Wirtschaft und Arbeit in ländlichen Räumen“ des Instituts für Ländliche Räume tätig.



WO BILDUNGSFÖRDERUNG AUF FRUCHTBAREN BODEN FÄLLT.

Nichts wächst so schön wie Wissen und Bildung. Deshalb fördert die L-Bank Maßnahmen in Kindergärten und Schulen. Zum Beispiel bei Bau, Modernisierung und Renovierung von Schulen. Und sie hilft Kindern beim Verbessern ihrer Sprachfähigkeiten – mit den „Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen“ des Landes und mit „Sag' mal was“, dem Programm der Landesstiftung Baden-Württemberg. Auf eine gute Ernte!





GESCHÄFTSFELDER

STÄRKEN ENTWICKELN UND ENTWICKLUNGEN
ANREGEN – IM LÄNDLICHEN RAUM

STÄRKEN ENTWICKELN UND ENTWICKLUNGEN ANREGEN – IM LÄNDLICHEN RAUM

Stadtbewohner denken beim Stichwort ländlicher Raum gern an Wiesen, Felder und Wälder oder Land- und Forstwirtschaft. Die Wirklichkeit in Baden-Württemberg sieht jedoch anders aus: vielschichtiger und interessanter. Die ländlichen Regionen sind wichtige Lebens- und Wirtschaftsräume; und gerade in unserem Land sind die strukturellen Unterschiede im Vergleich zu den Ballungszentren geringer als in den meisten anderen Bundesländern.

Von den zahlreichen, häufig international tätigen Familienunternehmen des Landes haben viele ihren Sitz in kleineren Gemeinden – Global Players mit festen Wurzeln in der Provinz. Das ist eine der Stärken unseres Bundeslandes. Aber auch in Baden-Württemberg gilt, dass sich die Arbeits- und die Lebenswelt weiter verändern werden. Der demografische Wandel, die Globalisierung der Märkte und der Klimawandel machen nicht an den Grenzen der Städte halt. Um die Stärken unserer ländlichen Regionen zu erhalten und auszubauen, sind Investitionen in Wirtschaft, Wohnungsbau, Infrastruktur, Bildung sowie Klima- und Umweltschutz erforderlich.

Aufgabe der L-Bank ist es, diese Strukturpolitik des Landes zu unterstützen. Ihr breit angelegtes Förderspektrum ermöglicht es ihr, Entwicklungen übergreifend zu fördern und in unterschiedlichen Handlungsfeldern anzusetzen. Es geht darum, gute Voraussetzungen für Familien, Unternehmen und Kommunen in Baden-Württemberg zu schaffen. Förderung des ländlichen Raums ist dabei die eine Seite, die andere ist die strukturelle Entwicklung des ganzen Landes, auch der urbanen Zentren. Diese Ansätze greifen ineinander. Das Ziel der

Förderung ist klar: Stärken entwickeln und Schwächen ausgleichen – auf dem Land und in der Stadt. Dafür setzt sich die L-Bank ein. Damit es sich überall im Land gut leben lässt.

WELTMARKTFÜHRER IM LÄNDLICHEN RAUM: MITTELSTAND

In Baden-Württemberg konzentriert sich die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung nicht auf wenige Industriestädte: Den international wettbewerbsfähigen Mittelstand des Landes, die Branchenführer, findet man hier nicht nur in den Metropolregionen. Sondern auch in Waldachtal, Nagold, Burladingen und Biberach an der Riss. Diese Gemeinden sind zwar nicht weltbekannt; doch was dort hergestellt wird, hat internationalen Ruf. Leistungsfähige Produktions- und Dienstleistungsunternehmen spielen auch im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. Viele Hightech-Unternehmen des Landes sind abseits der Ballungszentren entstanden

und groß geworden. Dass die ländlichen Regionen Baden-Württembergs mit einer vergleichsweise hohen Innovationskraft ausgestattet sind, bestätigen unter anderem aktuelle Innovationsranglisten. So ist Baden-Württemberg einer Analyse des Statistischen Landesamts zufolge unverändert Innovationsregion Nr. 1 in der EU, und innerhalb Baden-Württembergs bewegen sich beispielsweise die Landkreise Heidenheim oder Biberach deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Damit dieses unternehmerische und wirtschaftliche Potenzial auch in Zukunft verwirklicht und ausgebaut wird, sind Investitionen nötig. In Zusammenarbeit mit den Hausbanken schafft die L-Bank die Grundlagen für günstige und sichere Finanzierungen. Existenzgründern und etablierten Unternehmen stellt sie zinsverbilligte Darlehen, Bürgschaften und moderne Finanzierungsinstrumente zur Verfügung – unabhängig vom Standort. Ein Beispiel: Mit den allgemeinen Angeboten für Existenzgründer und -festiger wurden vergangenes Jahr 3.200 Unternehmen unterstützt, mehr als zwei Drittel davon außerhalb der Ballungszentren. Die Zahl der geförderten Gründungen und Übernahmen in ländlichen Regionen liegt aber tatsächlich höher, denn es gibt weitere Fördermöglichkeiten über unterschiedliche Programme zur Strukturentwicklung, von denen junge ebenso wie etablierte Unternehmen profitieren.

So bietet die L-Bank seit 2007 in Kooperation mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank mehrere Programme an, die Ausbau und Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen in den ländlichen Regionen zum Ziel haben. 2008 wurden allein mit ihnen Investitionen von mehr als 836 Mio. Euro angestoßen. Das Spektrum der geförderten Vorhaben reicht hier von der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse über die Erweiterung von Produktionshallen bis hin zur Errichtung von innovativen Produktionsanlagen.

Neben Maßnahmen der regionalen Strukturentwicklung kommen auch andere Formen der Förderung

den ländlichen Räumen zugute. Zum Beispiel Programme, die die Einführung neuer Technologien oder die Entwicklung von Innovationen unterstützen. Oder Förderangebote für besondere Wirtschaftszweige wie den Tourismus, eine Branche, die in ländlichen Regionen Baden-Württembergs besonders stark ist. Denn das Land bietet viele lohnende Reiseziele: vom Schwarzwald über die Schwäbische Alb bis zum Bodensee. Als Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus nahezu gleichbedeutend mit dem Maschinenbau und der Automobilindustrie und mehr als die Hälfte der Übernachtungen im Land entfallen auf die ländlichen Regionen. Mit ihrem Aktionsprogramm „Zukunftsfähiger Tourismus“ unterstützt die Landesregierung Kommunen und Betriebe beim Ausbau eines attraktiven Angebots. Allein in der gewerblichen Tourismusförderung hat die L-Bank letztes Jahr zur Finanzierung von rund 100 Projekten ein Darlehensvolumen von 37 Mio. Euro zugesagt.

EIN SCHWERPUNKT DES STRUKTURWANDELS: LANDWIRTSCHAFT

Der Strukturwandel im ländlichen Raum zeigt sich nirgendwo deutlicher als in der Landwirtschaft. Durch den Einsatz von Maschinen veränderten sich die Produktionsweisen und der Bedarf an Arbeitskräften in den landwirtschaftlichen Betrieben entscheidend. Und ihre Aufgaben sind andere geworden: Vor einigen Jahrzehnten stand noch die Versorgung mit Nahrungsmitteln im Mittelpunkt. Mittlerweile zählen auch die Erhaltung der Kulturlandschaft sowie der Natur- und Umweltschutz zu den zentralen Anforderungen an die Landwirtschaft.

Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe setzt bei diesen unterschiedlichen Aufgabenstellungen an. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank

bietet die L-Bank Finanzierungen für entsprechende Vorhaben. Auch Hofübernahmen werden im Rahmen dieser Programme unterstützt. Denn häufig ist der Generationenwechsel bei landwirtschaftlichen Familienbetrieben mit einer neuen konzeptionellen Ausrichtung der Arbeitsprozesse verbunden. Kurz: Die Förderung umfasst alles, was der Neuausrichtung und Zukunftsorientierung in der Landwirtschaft dient – von der Investition in Stallbauten und die artgerechte Tierhaltung bis zur Anschaffung neuer Anlagen und Maschinen. Zu Beginn des aktuellen Geschäftsjahrs (2009) wurden diese Fördermöglichkeiten – unter anderem für den ökologischen Landbau – weiter ausgebaut.

VIELE ANSÄTZE, EIN ZIEL: KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Klima- und Umweltschutz setzt in vielen Bereichen an. Nicht nur die Industrie ist gefordert, auch der Handwerksbetrieb, die Kommunen und der private Bauherr können und müssen ihren Beitrag leisten. Klima- und Umweltschutz geht auch viele unterschiedliche Wege. Etwa wenn es um Energie geht: Die Verringerung des Verbrauchs ist ebenso wichtig wie der Ausbau und die Weiterentwicklung alternativer umweltverträglicher Energieerzeugung. Mit dem „Energiekonzept Baden-Württemberg 2020“ plant das Land den Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 20 % bei der Stromerzeugung und auf mindestens 16 % bei der Wärmebereitstellung auszubauen. Dass hier schon viel geschehen ist, belegt der „Leitstern 2008“ (der Bundesländerpreis für Erneuerbare Energien): Im Ranking der Bundesländer liegt Baden-Württemberg weit vorne. Bei den Programmen zur Förderung auf Platz 1. Mit den Programmen der L-Bank werden ganz unterschiedliche Projekte finanziert: die Biogasanlage, das Blockheizkraftwerk, die Photovoltaikanlage auf

der Scheune, der Einbau einer regenerativen Heizungsanlage im Privathaus und mehr.

Ob Privatleute, Unternehmen oder Kommunen – beim Klima- und Umweltschutz sind alle gefordert und werden alle gefördert. Zum Beispiel, wenn es um die energetische Sanierung von Gebäuden geht. Hier gibt es Programme für Unternehmen und Kommunen. Und auch Privatleute werden bei der Modernisierung ihres Wohnhauses oder beim Einbau einer energieeffizienten Heizanlage unterstützt.

Der ländliche Raum spielt eine wichtige Rolle beim Klima- und Umweltschutz. Vor allem waldreiche Regionen tragen wesentlich zur Bindung von CO₂-Emissionen bei – und gleichen damit höhere Belastungen in den Ballungszentren aus. Gleichzeitig geht es darum, die Belastungen auch im ländlichen Raum zu vermindern. Die Verbesserung der Energiebilanz landwirtschaftlicher Betriebe ist hier ebenso gefragt wie das Engagement von Kommunen, Unternehmen und Privatleuten im ländlichen Raum. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank bietet die L-Bank daher günstige Darlehen für entsprechende Vorhaben an. Zum Beispiel für landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Produkte umweltschonend erzeugen, oder Unternehmen, die Agrarprodukte verarbeiten oder vermarkten. Darüber hinaus reicht die L-Bank Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus; finanziert werden Wärmenetze und Abwasserbehandlung.

LERNEN FÖRDERN – IMMER UND ÜBERALL: FAMILIEN UND BILDUNG

Von gut ausgebildetem Nachwuchs und erfahrenen Fachkräften hängt die Wettbewerbsfähigkeit einer Region ab. Umgekehrt gilt für jeden Einzelnen: Wer Qualifikationen hat oder erwerben will, zieht dorthin, wo das Arbeitsplatzangebot

und die Ausbildungsmöglichkeiten vielversprechend sind. Denn eine solide Ausbildung und die berufliche Weiterbildung entscheiden sowohl über die beruflichen Möglichkeiten als auch über die gesellschaftliche Integration. Darüber hinaus wird der demografische Wandel weitere Veränderungen in der Arbeitswelt auslösen: Die Unternehmen werden in Zukunft das Wissen und die Fähigkeiten älterer Mitarbeiter länger brauchen und einsetzen. Voraussetzung ist allerdings, dass deren Kompetenzen mit den Entwicklungen der Zeit Schritt halten. Gefragt sind also Bildungsangebote für jedes Alter. Lebenslanges Lernen ist angesagt – die Grundlagen dafür werden schon früh gelegt, sowohl in den Bildungseinrichtungen als auch in der Familie.

Kleine Kinder bewältigen in den ersten Wochen und Lebensmonaten ein fast unvorstellbares Lernpensum. Ganz unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land aufwachsen: Was sie dazu brauchen, ist Zeit. Ob sich junge Eltern diese Zeit für ihre Kinder nehmen können, ist auch eine finanzielle Frage. Das Elterngeld der Bundesregierung erleichtert ihnen die Entscheidung. Seit der Einführung des Elterngelds im Januar 2007 nutzten bis Ende 2008 rund 185.000 Eltern im Land das Angebot. Für junge Eltern engagiert sich Baden-Württemberg darüber hinaus besonders: Finanziell schwächere Familien erhalten im zweiten Lebensjahr des Kindes Landeserziehungsgeld. Und bei der Geburt von Drillingen oder Mehrlingen hilft ein Zuschuss des Landes die außergewöhnlichen Auslagen zu bewältigen.

Zum guten Start zählt die Förderung von klein auf: vom Kindergarten bis zur Schule. Daher unterstützt die L-Bank Bildungs- und Integrationsangebote für jedes Alter. Sie führt zahlreiche Förderprogramme des Landes und der Landesstiftung Baden-Württemberg durch, die den Familien und Kindern, der Bildung und sozialen Belangen im Land zugutekommen. Das beginnt bei der sprachlichen Frühförderung für Kinder, reicht über die Begleitung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt und geht bis zu

Fortbildungsmaßnahmen für gering qualifizierte Erwachsene; zum Beispiel auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF.

AUFS LAND ODER IN DIE STADT: WOHNUNGSBAU

Bei der Entscheidung für den Wohnort spielen viele Faktoren eine Rolle. Ein Vorteil des ländlichen Raums sind die nach wie vor günstigeren Immobilienpreise; auch deshalb ist auf dem Land die Eigenheimquote besonders hoch. Ein entscheidendes Kriterium bei der Wahl des Wohnorts bleibt außerdem die Entfernung oder die verkehrstechnische Anbindung zum Arbeitsplatz.

Im Wohnungsbau fördert die L-Bank traditionell Familien mit Kindern beim Erwerb und Bau von Wohneigentum, und zwar ohne regionale Einschränkungen. Wegen der höheren Immobilienpreise haben hier die Ballungszentren Nachteile: Die Landesförderung bietet daher einen Ausgleich für die regional unterschiedlichen Baukosten durch eine Staffelung der Darlehensbeträge. Bereits ab dem ersten Kind ist eine Finanzierung mit Fördermitteln möglich, und wenn die Kinderzahl steigt, wächst die Förderung mit der Familie. Dieses Angebot einer nachträglichen Förderung können auch junge Paare nutzen, die noch keine Kinder haben, aber Familienzuwachs planen.

Die demografische Entwicklung wirkt sich auf die Bevölkerungszahlen und auf Umfang und Art des Bedarfs an Wohnungen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land aus. Mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen wächst der Bedarf an behindertengerechten und barrierefreien Wohnungen. Gerade im Alter verlässt man aber ungern sein vertrautes Lebensumfeld – und in der Regel ist auf dem Land das Angebot an altersgerechten Wohnanlagen in

unmittelbarer Nähe geringer. Daher bietet die Landesförderung für junge Familien, die vorausschauend gleich einen barrierefreien Ausbau ihres Eigenheims verwirklichen wollen, ein zusätzliches Darlehen an. Schließlich plant, wer baut, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu wohnen.

Es wächst aber auch der Druck, mehr Bestandswohnungen zu bezahlbaren Kosten altersgerecht umzubauen. Die L-Bank finanziert hier den barrierefreien Umbau von Wohnungen. Zudem werden Schwerbehinderte beim Bau, Kauf oder Umbau von Wohnraum unterstützt. Ebenfalls gefördert wird der Neubau seniorengerechter Mietwohnungen und von Mietwohnungen für Haushalte, die besondere Schwierigkeiten mit der Wohnraumversorgung haben. Für Neubauten mit mehr als vier Wohneinheiten gilt in Baden-Württemberg bereits, dass alle Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen.

Für die Zukunft werden neue pragmatische Modelle notwendig: Denkbar wären Stufenmodelle für altersgerechtes Bauen, also eine Förderung, die nicht erst einsetzt, wenn die bisherigen Normen für Barrierefreiheit erfüllt werden. Dann könnte der Ausbau Schritt für Schritt dem Bedarf der Bewohner angepasst werden. Das käme jungen, aber auch älteren Bauherren entgegen. Eines ist sicher: Die Zahl älterer Menschen wird sich in den kommenden Jahren erhöhen – sowohl auf dem Land als auch in den Städten.

WOHNEN, LEBEN UND ARBEITEN – ALLES IN DER NÄHE: INFRASTRUKTUR

Auch weitab von den städtischen Zentren bieten Baden-Württembergs mittelständische Betriebe interessante Arbeitsplätze. Für die ländlichen Kommunen sind das gute Voraussetzungen, um dem Thema Abwanderung zu begegnen – und

entsprechend gering sind ihre Abwanderungsquoten. Diese regional ausgewogene wirtschaftliche Situation zu sichern und auszubauen, zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Strukturpolitik. Denn gerade kleinere Gemeinden werden die Folgen des demografischen Wandels in Zukunft schneller und stärker spüren. Für sie ist es wichtig, ältere Einwohner und junge Familien an den Ort zu binden oder zum Zuzug zu bewegen.

Damit ländliche Gemeinden als Lebenszentren attraktiv bleiben, sind daher Investitionen notwendig, die helfen, die technische und soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Insbesondere junge Familien mit Kindern und ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Schulen und Krankenhäuser müssen in vertretbarer Zeit erreichbar sein. Ein ausgebautes Nahverkehrsnetz ist unverzichtbar. Nicht nur die Grundversorgung, auch das Freizeitangebot für Jung und Alt muss stimmen.

Dementsprechend setzt die Förderung in Baden-Württemberg Schwerpunkte, damit die Gemeinden ihre Infrastruktur bedarfsorientiert weiterentwickeln können. Das Förderangebot reicht von der Finanzierung des Schulhaus- und des Krankenhausbaus über die Busförderung bis zu Krediten für wasserwirtschaftliche Vorhaben und die Erfassung und Behandlung von Altlasten.

Ein zentraler Aspekt ist die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds: Entwicklungsbedarf besteht hier nicht nur in kleinen Gemeinden, sondern zum Teil auch in städtischen Quartieren. Für Vorhaben jenseits der Ballungszentren eröffnet das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum unterschiedliche Möglichkeiten. Es fördert gezielt vier wichtige Aspekte zur strukturellen Verbesserung von Ortschaften: Wohnen, Arbeiten, Gemeinschaftseinrichtungen, und die Sicherung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen. Dazu zählen Betriebsverlagerungen aus dem Dorfkern ins

Gewerbegebiet, die Ansiedlung von Läden für den täglichen Bedarf, der Ausbau von Gemeindezentren und die Umwandlung bisher landwirtschaftlich genutzter Gebäude im Ortskern zu Wohngebäuden. Andere Schwerpunkte liegen bei der Reaktivierung von Brachen oder der Sanierung von kommunalen Gebäuden. Zusammengefasst heißt das: Unterstützt wird alles, was die Gemeinde als Wohnumfeld oder Zentrum des täglichen Lebens und Arbeitens stärkt.

LEBENSQUALITÄT – AUF DEM LAND UND IN DER STADT

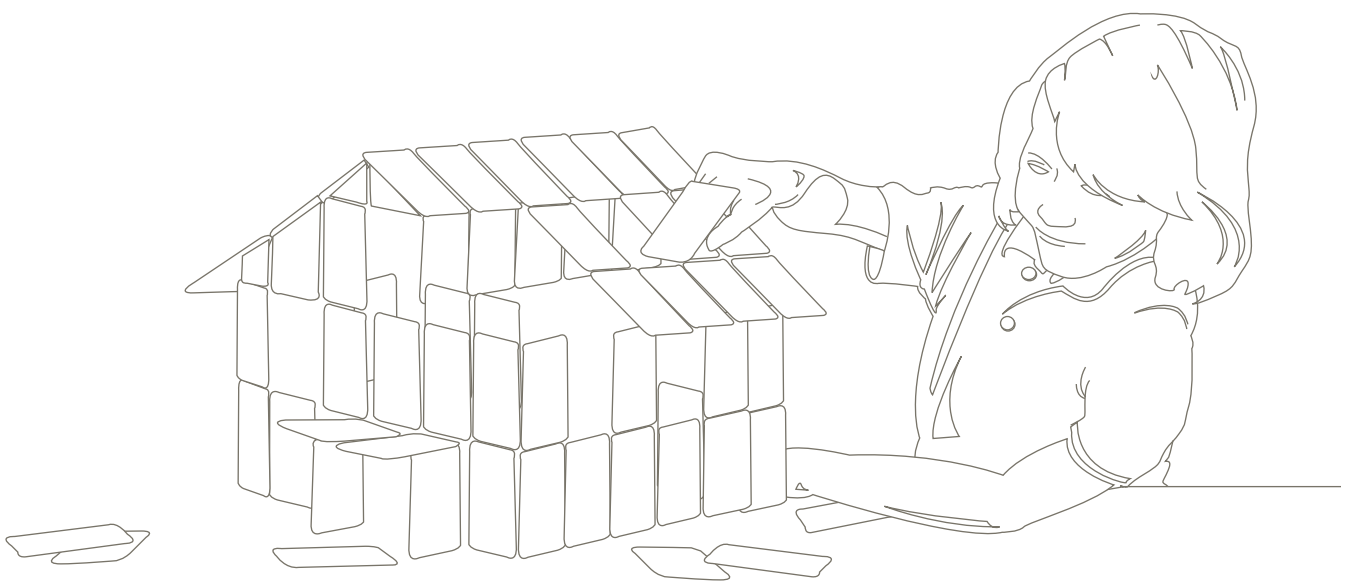
Entwicklungen bedeuten immer auch Strukturwandel, davon betroffen ist nicht nur der ländliche Raum. Gemeinden jeder Größenordnung haben Entwicklungsbedarf und Entwicklungspotenzial. Dabei haben Baden-Württembergs Regionen und Städte einen entscheidenden Vorteil: Hier gibt es kein einschneidendes Stadt-Land-Gefälle. Das Land und seine Regionen sind ausgewogen entwickelt und haben damit eine gute, ausbaufähige Grundlage. Eine Basis, die es erleichtert, die Zukunft zu gestalten und den Strukturwandel aktiv zu steuern. Die Förderangebote der L-Bank bieten viele Möglichkeiten, um die Finanzierung einer zukunftsgerichteten Entwicklung zu erleichtern.

WER SEIN EIGENES ZUHAUSE PLANT, KANN AUF UNSERE UNTERSTÜTZUNG BAUEN.

Die L-Bank unterstützt junge Familien in Baden-Württemberg beim Bau oder Kauf eines Hauses. Natürlich werden auch Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Anbauten gefördert. Für alle, die nicht von einem Haus auf dem Land träumen – die L-Bank unterstützt außerdem den Kauf von Eigentumswohnungen. Selbstverständlich auch in der Stadt.







UNTERNEHMENSSTRUKTUR

VORSTAND, VERWALTUNGSRAT, BETEILIGUNGEN

UNTERNEHMENSSTRUKTUR

CHRISTIAN BRAND	JÜRGEN HÄGELE	DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER	DR. KARL EPPLÉ
Vorsitzender des Vorstands	Stv. Vorsitzender des Vorstands	Mitglied des Vorstands	Mitglied des Vorstands
UNTERNEHMENSBEREICH I	UNTERNEHMENSBEREICH II	UNTERNEHMENSBEREICH III	UNTERNEHMENSBEREICH IV
Koordination der Geschäftsbereiche	Kreditanalyse	Wirtschaftsförderung	Eigentumsförderung
Vorstandssekretariat	Kreditbetreuung Wohnungsunternehmen	Landwirtschafts- und Umweltförderung	Mietwohnungsbauförderung
Unternehmensstrategie	Kreditbetreuung Privatkunden	Personal- und Sozialwesen	Zahlungsverkehr
Öffentlichkeitsarbeit	Fördergeschäft Sachsen	Recht	Wertpapierabwicklung
Volkswirtschaftliche Fragen	Bilanz- und Rechnungswesen	Infrastrukturförderung	Verwaltung
Disposition	Controlling	Allgemeine Sozialförderung	Standortentwicklung
Refinanzierung	Handelsüberwachung und Risikocontrolling	L-EA (Mittelstand)	
Unternehmensbeteiligungen	Informationstechnologie	L-EA (Venture Capital)	
Bauwesen	Betriebsorganisation und Grundsätze des Kreditgeschäfts	Rumänisches Verbindungsbüro	
	Familienförderung	Durchleitungsgeschäft	
	Studienfinanzierung		
DEM GESAMTVORSTAND UNTERSTELLT:			
Interne Revision			
Compliance, Datenschutz, Geldwäsche			
Immobilienbewertung			

VERWALTUNGSRAT

ORDENTLICHE MITGLIEDER	STV. MITGLIEDER	BERATENDE MITGLIEDER
Ernst Pfister MdL Wirtschaftsminister Vorsitzender	Richard Drautz Staatssekretär im Wirtschaftsministerium	Reiner Enzmann Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
Willi Stächele MdL Finanzminister Stv. Vorsitzender	Gundolf Fleischer MdL Staatssekretär im Finanzministerium	Clemens Meister Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
Heribert Rech MdL Innenminister Stv. Vorsitzender	Rainer Arnold Ministerialdirektor im Innenministerium	Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart
Peter Hauk MdL Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stv. Vorsitzender	Dr. Albrecht Rittmann Ministerialdirektor im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	
Tanja Gönner Umweltministerin	Bernhard Bauer Ministerialdirektor im Umweltministerium	
Dr. Monika Stolz MdL Ministerin für Arbeit und Soziales	Dieter Hillebrand MdL Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales	
Hubert Wicker Staatssekretär im Staatsministerium	Günther Benz Ministerialdirigent Leiter der Abt. I im Staatsministerium	
Dr. Gisela Meister-Scheufelen Ministerialdirektorin im Finanzministerium	Prof. Dr. Claus Eiselstein Ministerialdirigent Leiter der Abt. III im Staatsministerium	
Martin Lamm Präsident der Handwerkskammer Freiburg	Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe	
Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold Präsident der IHK Karlsruhe Geschäftsführer der b.i.g. Bechtold Ingenieurgesellschaft mbH, Karlsruhe	Dr.-Ing. Hansjörg Rieger Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH u. Co. KG, Aalen	
Heinz Kälberer Oberbürgermeister a. D., Vaihingen	Gerhard Roßwog Vorsitzender des Vorstands des Badischen Genossen- schaftsverbandes, Karlsruhe	
Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg, Stuttgart	Frank Zach Leiter der Abt. Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart	
Dr. Jürgen Schütz Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Stuttgart	Roger Kehle Geschäftsführender Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Stuttgart	
Gerhard Burkhardt Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e. V., Stuttgart	Andreas Schmitz Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	
N.N.	N.N.	

BETEILIGUNGEN

Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	BWK GmbH Unternehmensbeteili- gungsgesellschaft, Stuttgart	Finanzierungsgesellschaft für Öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Würt- temberg mbH, Stuttgart
Quote: 4,92 %	Quote: 26,80 %	Quote: 10,00 %	Quote: 0,10 %
Baden-Württemberg International – Gesellschaft für inter- nationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	PT. German Centre Indonesia, West-Jakarta, Indonesien	LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH, Stuttgart	Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart
Quote: 24,00 %	Quote: 83,67 %	Quote: 9,58 %	Quote: 5,00 %
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	European Investment Fund, Luxemburg	Austria Beteiligungs- gesellschaft mbH, Stuttgart	Dedalus GmbH & Co. KGaA, Stuttgart
Quote: 0,58 %	Quote: 0,27 %	Quote: 33,34 %	Quote: 2,50 %

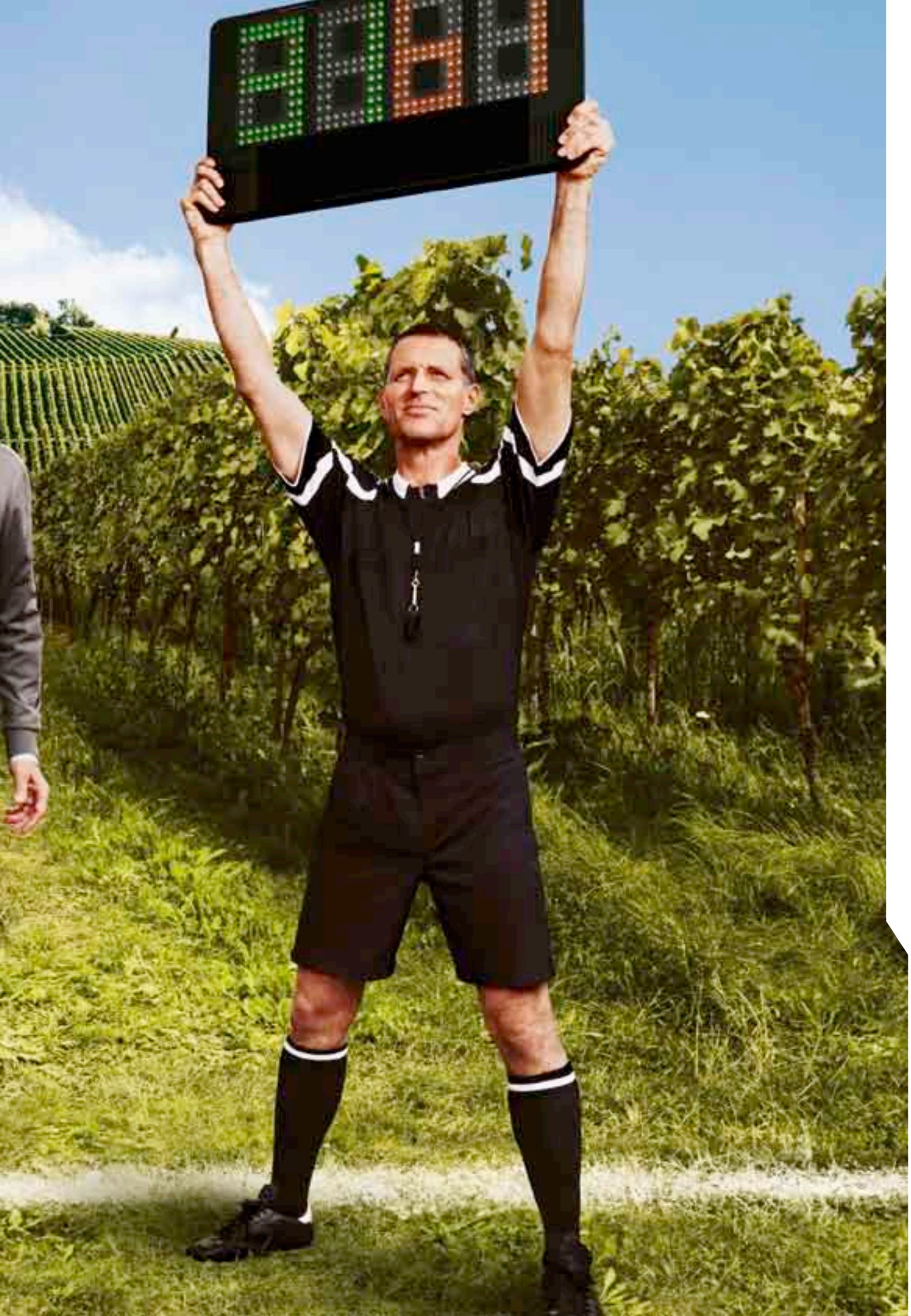
BETEILIGUNGEN ZUR STANDORTENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTURFÖRDERUNG

Gottmadinger Immobilien- gesellschaft AG i. L. (GIG), Gottmadingen	Stuttgarter Engineering Park GmbH (STEP), Stuttgart	Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH (TTR), Tübingen	Technologiepark Karlsruhe GmbH (TPK), Karlsruhe
Quote: 100,00 %	Quote: 100,00 %	Quote: 100,00 %	Quote: 96,00 %
Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen			
Quote: 10,00 %			

TAKTISCHER WECHSEL AUF DER FÜHRUNGSPPOSITION? WIR HELFEN MIT, DASS ER GLATTGEHT.

Hand drauf. Bei der Übernahme eines Unternehmens hilft die L-Bank mit der Finanzierung. Zum Beispiel für den Fall, dass weiterer Investitionsbedarf besteht – für Modernisierungsmaßnahmen oder bei Liquiditätsengpässen. So wird die Übernahme zu einem guten Neustart.







LAGEBERICHT

LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2008.

Die L-Bank unterstützt als Staatsbank des Landes Familien, Unternehmen und Kommunen in Baden-Württemberg. Ihr breit angelegtes Förderspektrum begünstigt Wachstum, mit dem Ziel, Baden-Württemberg wirtschaftlich zu stärken. Mit unterschiedlichen Programmen unterstützt sie die Leistungsfähigkeit und die Sozialstruktur im ländlichen Raum.

Zu den Kernaufgaben der L-Bank gehört es, die mittelständische Struktur der Wirtschaft im Land zu sichern und zu verbessern. Ihr Eigentümer, das Land Baden-Württemberg, verschafft der Bank als Gewährträger eine gute Position am Geld- und Kapitalmarkt. In der Oktoberausgabe 2008 des renommierten internationalen Finanzmagazins „Global Finance“ wurde die L-Bank als eine der fünf sichersten Banken der Welt ausgezeichnet.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die weltweite Finanzkrise verschärfte sich im Jahr 2008. Deutschland als Exportland bleibt vom weltwirtschaftlichen Abschwung nicht verschont. Nach positivem Jahresbeginn musste die Bundesrepublik im zweiten Halbjahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts hinnehmen.

Auch in Baden-Württemberg kühlte die Wirtschaft im Jahresverlauf merklich ab. Die Auftragsgänge im verarbeitenden Gewerbe gingen im Dezember preisbereinigt um 30 % im Vergleich zum Vorjahr zurück. Allein im 4. Quartal verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt um 2,8 %. Aufgrund des wachstumsstarken ersten Halbjahres wurde für das Gesamtjahr 2008 noch ein reales Wirtschaftswachstum von 0,7 % erreicht. Die Arbeitslosenquote lag im Dezember mit 4,1 % (Vorjahr: 4,3 %) deutlich unter der des Bundes (7,4 %).

ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSFELDER

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben setzt die L-Bank alle banküblichen Finanzierungsinstrumente ein. Sie gewährt Darlehen, Zuschüsse und sonstige Finanzhilfen, übernimmt Bürgschaften und geht Beteiligungen ein. Die Mittel stammen aus Programmen des Landes, der Landesstiftung Baden-Württemberg, des Bundes, der Europäischen Union oder der L-Bank selbst. Bei der Darlehensvergabe arbeitet die L-Bank partnerschaftlich mit anderen Geldinstituten zusammen.

Im Berichtsjahr 2008 entwickelten sich die Förderleistung und das Geschäftsvolumen in der Wirtschaftsförderung und im Wohnungsbau sehr erfreulich. Ein deutlich reduziertes Volumen im Rahmen von Geschäften zur Risikosteuerung der Bank sowie ein Rückgang bei den Kommunalkrediten ließen die Neuzusagen insgesamt aber um 54,5 % auf 12.661,7 Mio. EUR sinken.

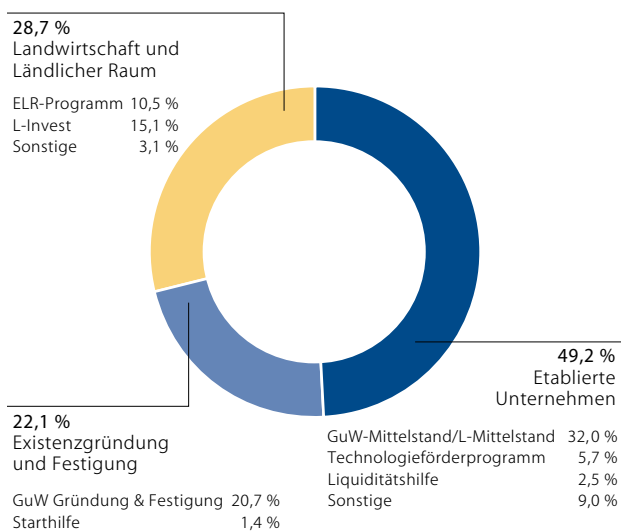
Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung

Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs ist es notwendig, den baden-württembergischen Mittelstand mit Liquidität zu versorgen, um eine mögliche Kreditklemme zu vermeiden. Mit verschiedenen Finanzinstrumenten unterstützt die L-Bank Existenzgründer sowie junge und etablierte Unternehmen bei Investitionen und ihrer Exporttätigkeit.

Mit der Hausbank als alleinigem Ansprechpartner ist für den Kreditnehmer ein schlankes Antragsverfahren gegeben. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Förderinstituten bündelt die L-Bank Kräfte und erzielt Synergieeffekte, die sich günstig auf die Konditionen auswirken. Diese günstigen Konditionen wären ohne die Kooperationen nicht möglich.

Im Geschäftsjahr 2008 reichte die L-Bank der baden-württembergischen Wirtschaft Mittel in Höhe von 3.045,5 Mio. EUR aus.

NEUGESCHÄFTSVERTEILUNG IN DER EXISTENZGRÜNDUNGS- UND MITTELSTANDSFINANZIERUNG



Schwerpunkt der Mittelvergabe war wie in den Vorjahren das Programm „Gründungs- und Wachstumsfinanzierung“ (GuW). In diesem Programm verbilligt die L-Bank die günstigen Zinsen der KfW Mittelstandsbank zusätzlich. Der Zinssatz wird individuell mit Hilfe eines risikogerechten Zinssystems festgelegt. Im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens ist darüber hinaus die Übernahme einer Bürgschaft durch die Bürgschaftsbank oder eine stille Beteiligung durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) möglich.

Existenzgründer und junge Unternehmen können in Baden-Württemberg Vorhaben im Teilprogramm „GuW-Gründung und Festigung“ oder im Programm „Starthilfe Baden-Württemberg“ finanzieren. Letzteres steht ausschließlich für kleinvolumige Vorhaben zur Verfügung. Für Unternehmensgründer reichte die L-Bank im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 492,3 Mio. EUR (Vorjahr: 540,9 Mio. EUR) aus. Allein mit dem Starthilfeprogramm wurden 653 Projekte begleitet.

Etablierte Unternehmen, die länger als acht Jahre existieren, finanzieren ihre Investitionen mit dem „GuW-Mittelstandskredit“. Daneben hat die L-Bank mit Hilfe eines im Berichtsjahr neu aufgelegten Produkts, „L-Mittelstand“, eine Milliarde Euro zusätzliche Mittel für Unternehmen im Land bereitgestellt, um möglichen negativen Auswirkungen aus der sich verschlechternden konjunkturellen Lage entgegenzuwirken. Die Neuzusagen für etablierte Unternehmen bewegen sich mit 712,7 Mio. EUR auf Vorjahresniveau (725,8 Mio. EUR).

Langfristige Investitionen in der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW) können mit dem Liquiditätshilfeprogramm kombiniert werden. Betriebsmittelbedarf, Kontokorrent-Umschuldungen sowie kurzfristige Liquiditätsbeschaffungen von Unternehmen wurden mit 54,7 Mio. EUR finanziert (Vorjahr: 101,3 Mio. EUR).

Mit ihrem Technologieförder- und ihrem Umweltschutz-/Energieeinsparprogramm unterstützt die L-Bank Investitionen in innovative Technologien und fördert Maßnahmen zur Verringerung von Umweltbelastungen. Derartige Maßnahmen finanzierte die Bank im Berichtsjahr mit 134,5 Mio. EUR (Vorjahr: 245,0 Mio. EUR).

Darüber hinaus bietet die L-Bank Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 1 Mio. EUR und 50 Mio. EUR die Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Das unbesicherte Nachrangdarlehen L-MezzaFin kann für Finanzierungsbeträge zwischen 100 TEUR und 1,5 Mio. EUR in Anspruch genommen werden und ermöglicht

damit auch kleineren Unternehmen die Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis. Mit 38 Nachrangdarlehen und einem Gesamtvolumen von 25 Mio. EUR ist das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr (54 Mio. EUR) rückläufig. Dieser Rückgang ist auf die erhöhte Nachfrage bei der Neueinführung des Produkts im Jahr 2007 zurückzuführen.

Bei der strukturellen Unterstützung ländlich geprägter Gemeinden und Dörfer setzt die L-Bank mit ihrem Angebot für gewerbliche Betriebe Akzente. Zentral für die Förderung ländlicher Regionen ist das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR). Hier können gewerbliche Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten Zuschüsse oder Darlehen mit Zinsverbilligung beziehungsweise eine Kombination beider Möglichkeiten beantragen. Insbesondere innovative und umweltfreundliche Vorhaben werden mit EU-Mitteln zusätzlich gefördert und bevorzugt behandelt. Die Bank vergab im Berichtsjahr im ELR 234,1 Mio. EUR (Vorjahr: 197,1 Mio. EUR). Zudem bietet die L-Bank gemeinsam mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank vier weitere Programme für den ländlichen Raum an, bei denen die L-Bank auf die günstigen Konditionen einen zusätzlichen Förderbeitrag leistet. Im gewerblichen Bereich hat die Bank mit „L-Invest“ im Jahr 2008 Investitionen in Höhe von 335,5 Mio. EUR (Vorjahr: 132,4 Mio. EUR) im ländlichen Raum finanziert. In den drei anderen Programmen „Landwirtschaft und Junglandwirte“, „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ sowie „Ländliche Entwicklung“ reichte die L-Bank Darlehensmittel in Höhe von 67,0 Mio. EUR (Vorjahr: 27,2 Mio. EUR) aus.

Bei größeren Unternehmens- und Projektfinanzierungen entlastet die L-Bank Kreditinstitute von einem Teil ihres Risikos. Die Initiative für solche Risikoübernahmen geht dabei stets von den Hausbanken aus. In 2008 wurden in erster Linie Investitionen mittelständischer Betriebe, Betriebsübernahmen und Risiken aus Leasinggeschäften abgesichert. Die übernommenen Kreditrisiken lagen aufgrund des sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeldes und der daraus nachlassenden Investitionsbereit-

schaft von Unternehmen im Berichtsjahr mit 88,6 Mio. EUR unter dem Wert des Vorjahres (95,2 Mio. EUR). Ergänzend beteiligte sich die L-Bank als Konsortialpartner an der Finanzierung größerer Investitionsvorhaben von Unternehmen im Land und trug somit zu einer Risikoentlastung der Hausbanken in Höhe von 388,7 Mio. EUR bei. Über zweckgebundene Globaldarlehen stellte sie Banken 300 Mio. EUR zusätzliche Liquidität für den Mittelstand zur Verfügung.

Wohnungsbaufinanzierung

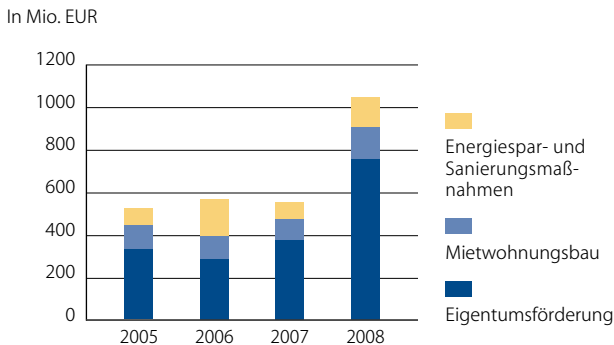
Familien mit Kindern wünschen sich familienfreundliche Wohnverhältnisse und ein kindgerechtes Wohnumfeld, in dem sie sich wohlfühlen. Die L-Bank leistet dazu mit ihrer Wohnungsbaufinanzierung im „KinderlandBaden-Württemberg“ einen wesentlichen Beitrag. Die Programme unterstützen Eigennutzer und Vermieter nicht nur beim Neubau, sondern auch beim Eigentumserwerb und bei der Modernisierung.

Im Geschäftsjahr 2008 erreichte das zum Vorjahr erweiterte Angebot deutlich mehr Familien im Land. Die Zusagen übertrafen mit 1.073,6 Mio. EUR die Vergleichszahlen aus dem Jahr 2007 um 519,2 Mio. EUR. Dabei entfallen allein 791,0 Mio. EUR auf die Finanzierung von eigengenutztem Wohnraum, 282,6 Mio. EUR auf die Finanzierung von Mietwohnungen.

Das Landeswohnraumförderungsprogramm unterstützt Familien mit mindestens einem Kind beim Erwerb selbstgenutzten Eigentums. Auch kinderlose Paare erhalten eine Förderung, wenn innerhalb von sechs Jahren Kinder geboren oder angenommen werden. Für Eigentumsmaßnahmen reichte die Bank im Geschäftsjahr Mittel mit einem Volumen von 431,2 Mio. EUR (Vorjahr: 239,9 Mio. EUR) aus.

Das im letzten Jahr neu eingeführte Angebot „Wohnen mit Kind“ richtet sich auch an solche Familien, die die Einkommensgrenzen des Landesprogramms überschreiten. „Wohnen mit Zukunft“ ist ein weiteres Angebot, das allen privaten Eigentümern offensteht, die die Heizkraft erneuerbarer

ENTWICKLUNG DES FINANZIERUNGSVOLUMENS IM WOHNUNGSBAU



Energien nutzen wollen. Beide Produkte werden über die Hausbanken ausgereicht und über die KfW Förderbank refinanziert. Im Programm „Wohnen mit Zukunft“ werden die Mittel zusätzlich vom Land verbilligt. Die Nachfrage nach diesen Produkten entwickelte sich mit 270,1 Mio. EUR (Vorjahr: 110,7 Mio. EUR) sehr erfreulich.

Die L-Bank finanziert den Neubau, den Erwerb und die Modernisierung von Mietwohnraum. Im Landesprogramm, in dem die Bank Mietwohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung unterstützt, sind die Zusagen auf 6,1 Mio. EUR zurückgegangen. Die Nachfrage nach den bankeigenen Programmen ist jedoch weiter gestiegen: Im Modernisierungsprogramm förderte die L-Bank zusammen mit der KfW Förderbank CO₂-Minderungs- und Modernisierungsvorhaben in Höhe von 143,6 Mio. EUR (Vorjahr: 76,9 Mio. EUR). Daneben finanzierte die Bank mit 77,8 Mio. EUR (Vorjahr: 24,7 Mio. EUR) den Neubau von Mietwohnungen in Baden-Württemberg, die überwiegend an junge Ehepaare und Familien mit Kindern sowie an Senioren vermietet werden.

Infrastrukturfinanzierung

Eine gute kommunale Infrastruktur ist Voraussetzung für die Ansiedlung von Gewerbe und Familien. Regionen, die über eine gute Infrastruktur ver-

fügen, bieten die entscheidenden Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum. Die L-Bank stellt ihre guten Refinanzierungsmöglichkeiten in den Dienst des Landes und der Kommunen und unterstützt die öffentliche Hand durch die Gewährung von Darlehen oder anderen Finanzierungsformen.

Wie bereits im Vorjahr erfolgte die Förderung mehrheitlich im Rahmen von PPP- sowie Betreiber- und Mietmodellen, zum Beispiel für den Kraftwerks- oder Straßenbau. Auch in diesem Geschäftsfeld agiert die Bank ausschließlich wettbewerbsneutral zusammen mit Hausbanken, um diese in ihrem Risiko zu entlasten. Aufgrund der Finanzmarktkrise wurde es für Geschäftsbanken schwieriger, großvolumige Konsortialfinanzierungen darzustellen. Demzufolge stiegen die Anfragen an die L-Bank, sich an derartigen Finanzierungen zu beteiligen. Das Neugeschäft lag im Berichtsjahr bei 327,7 Mio. EUR (Vorjahr: 262,0 Mio. EUR).

Um die Mobilität im ländlichen Raum zu gewährleisten und die Verkehrsprobleme in den Ballungsräumen zu verbessern, unterstützt die L-Bank den öffentlichen Personennahverkehr. Gefördert werden die Erst- und Ersatzbeschaffung von Bussen sowie die Nachrüstung von Bussen mit Abgasfiltern. Durch die Zusammenarbeit mit der KfW Mittelstandsbank kann die L-Bank die zur Verfügung stehenden Landesmittel aufstocken und sich an mehr Projekten beteiligen. Im Berichtsjahr reichte die L-Bank zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 66,8 Mio. EUR (Vorjahr: 55,6 Mio. EUR) und Zuschüsse in Höhe von 10,9 Mio. EUR aus.

Finanzhilfen

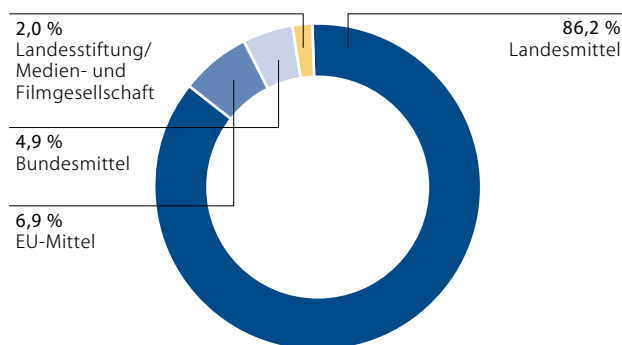
Altersgerechte Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine wichtige Grundlage für die soziale Integration von Kindern. Entsprechend wichtig ist es, diese Fähigkeiten zu fördern. Im Geschäftsfeld Finanzhilfen werden durch die Auszahlung von Zuschüssen neben Initiativen im Bildungsbereich und sozialen Maßnahmen auch Investitionen in

neue Technologien und kommunale Vorhaben unterstützt. Im ländlichen Raum sind dies vor allem Umwelt- und Hochwasserschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung des Städtebaus und der Infrastruktur wie Krankenhäuser und Schulen.

Die L-Bank kann die Zuschüsse der öffentlichen Hand aufgrund moderner IT-Anwendungen zügig und effizient ausreichen und die Verwendung prüfen. Das Auftragsvolumen ist von der Mittelbereitstellung der fördernden Institutionen abhängig. Neben dem Land, dem Bund und der Europäischen Union sind dies die Landesstiftung Baden-Württemberg und die MFG Medien- und Filmgesellschaft mbH Baden-Württemberg.

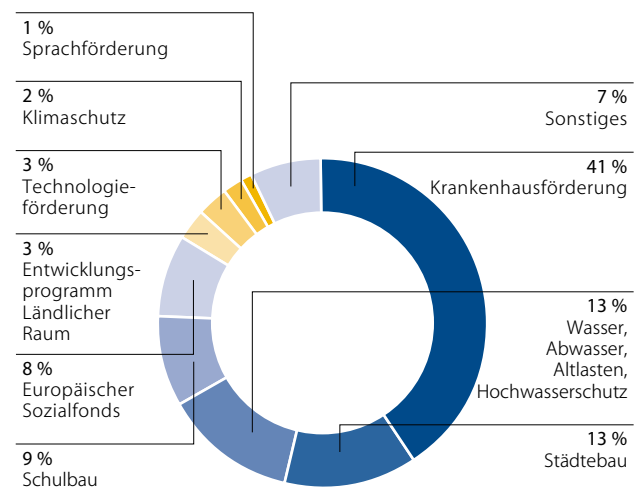
Im Jahr 2008 hat die L-Bank vom Umweltministerium und vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum die Bearbeitung weiterer Programme im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) übernommen. Im Zuge der neuen Förderperiode 2007 – 2013 des „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) übertrug das Land die Bearbeitung weiterer Programme und Projektaufträge ebenfalls auf die L-Bank. Die weiterentwickelte Internetplattform, über die Träger von ESF-Projekten der L-Bank Daten für ihr Projekt elektronisch übermitteln können, dient einer noch schlankeren Mittelvergabe. Mit der Filmförderungsanstalt des Bundes (FFA) wurden ergänzend zur Tätigkeit für die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg Prüfungsaufgaben vereinbart.

HERKUNFT DER FINANZHILFEN



Im Jahr 2008 wurden in insgesamt 54 Programmen 6.513 Bewilligungen abgewickelt. Das Volumen umfasste hierbei 916,2 Mio. EUR.

VERWENDUNG DER FINANZHILFEN



Unterstützung von Familien

Familienpolitik hat in Baden-Württemberg einen besonderen Stellenwert. Die finanzielle Unterstützung von Familien wird auch aufgrund des demografischen Wandels als zentrales Anliegen gesehen.

Für das Elterngeld ist in Baden-Württemberg die L-Bank zentrale Vergabestelle. Die Nachfrage ist unverändert hoch, da sich das Elterngeld, im Gegensatz zum früheren Bundeserziehungsgeld, an die Bezieher aller Einkommensklassen richtet. Im Jahr 2008 wurden 113.506 Anträge auf Elterngeld mit einem Volumen von 642,7 Mio. EUR (Vorjahr: 395,8 Mio. EUR) bewilligt. Durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe und der Bearbeitungsprozesse sowie eine hohe Spezialisierung der Mitarbeiter erzielte die Bank im Berichtsjahr nochmals eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

Mittlerweile gibt es in Deutschland nur noch wenige Bundesländer, die eine finanzielle Leistung wie das Landeserziehungsgeld gewähren. Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung waren 2008 gleich zwei Geburtsjahrgänge antragsberechtigt. Dies führte im Berichtsjahr zu einem Anstieg der Neuzusagen auf ein Volumen von 92,4 Mio. EUR (Vorjahr: 67,7 Mio. EUR). Generell ist festzustellen, dass Eltern schneller in den Beruf zurückkehren wollen. Diese Entwicklung, die durch das neue Elterngeld unterstützt wird, führt jedoch tendenziell zu rückläufigen Zahlen im Landeserziehungsgeld.

Beteiligungen

Die L-Bank geht strategische Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen, Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung sowie Risikokapitalbeteiligungen ein. Zum Bilanzstichtag verfügte das Beteiligungsportfolio über einen Buchwert in Höhe von 616,4 Mio. EUR (Vorjahr: 650,9 Mio. EUR). Der Buchwert der strategischen Beteiligungen beläuft sich auf 542,3 Mio. EUR (Vorjahr: 545,9 Mio. EUR).

Mittelstandsfonds und Risikokapital

Über die L-Eigenkapital-Agentur (L-EA) beteiligt sich die L-Bank mit Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln an unternehmerischen Risiken. Zu diesem Zweck hat die Bank den L-EA Mittelstandsfonds, den L-EA Garantiefonds und den L-EA Venture Fonds aufgelegt.

Der L-EA Mittelstandsfonds (Fondsvolumen: 250 Mio. EUR) beteiligt sich in der Regel als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. Daneben unterstützt die Bank diese Mittelständler mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungen. Im Geschäftsjahr wurden vier von insgesamt 17 Engagements verkauft, 45,8 Mio. EUR neu investiert.

Diese Investitionen verteilen sich auf drei Neuinvestments (9,3 Mio. EUR) und die Weiterfinanzierung bestehender Investments (36,5 Mio. EUR). Zum Bilanzstichtag bestand das Portfolio damit aus insgesamt 16 Engagements mit einem aktuellen Investitionsvolumen von 117,4 Mio. EUR.

Um die Investitionsbereitschaft von Kapitalgebern in mittelständische Unternehmen zu unterstützen, übernimmt der L-EA Garantiefonds Beteiligungsgarantien bis zu einem Betrag von 2,5 Mio. EUR. Dabei garantiert die L-Bank dem Investor maximal 50 % des Beteiligungsvolumens. Neben offenen Beteiligungen sichert der L-EA Garantiefonds auch Mezzanine-Finanzierungen wie stille Beteiligungen und Genussscheine ab. Im Geschäftsjahr 2008 ging die Bank zwei Neuengagements ein und finanzierte ein bestehendes Engagement weiter. Das gesamte Volumen des L-EA Garantiefonds betrug zum Bilanzstichtag 10,5 Mio. EUR (Vorjahr: 9,2 Mio. EUR).

Vor allem junge Unternehmen in der Produkt- oder Technologieentwicklung haben häufig Schwierigkeiten, ausreichend Fremdkapital zu erhalten. Dies liegt an langen Forschungs- und Entwicklungszeiten ohne nennenswerte Rückflüsse und am hohen unternehmerischen Risiko. Der L-EA Venture Fonds (Fondsvolumen: 127,8 Mio. EUR) dient der Eigenkapitalfinanzierung dieser Unternehmen, vorwiegend aus den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie mit Sitz in Baden-Württemberg. Der Schwerpunkt der Aktivitäten des Fonds lag im Berichtsjahr bei Weiterfinanzierungen bestehender Beteiligungen. Im L-EA Venture Fonds waren zum Bilanzstichtag 81,4 Mio. EUR (Vorjahr: 73,6 Mio. EUR) investiert.

Standortentwicklung

Über ihre Tochtergesellschaften setzt die L-Bank maßgeschneiderte Lösungen für attraktive Standorte in Form von Technologieparks um. Jeder Park hat

dabei seine eigene Identität. Die Parks befinden sich bevorzugt in Städten mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, derzeit beispielsweise in Stuttgart, Karlsruhe und Tübingen-Reutlingen. Die Angebote der Parkgesellschaften richten sich sowohl an junge als auch an etablierte Unternehmen. Sie bieten ein einheitliches Parkmanagement sowie ergänzende Serviceleistungen und heben sich unter anderem auch durch die Bereitstellung von Laboren und Reinräumen vom sonstigen gewerblichen Vermietungsangebot ab. Die Räumlichkeiten werden zu marktüblichen Preisen vermietet. Nach einer erfolgreichen Etablierung werden die Investments an Dritte veräußert, wobei der Charakter der Technologieparks gewahrt bleibt.

In Gottmadingen ist es der L-Bank gelungen, in einer ursprünglichen Industriebranche den größten Gewerbepark der Bodensee-Region anzusiedeln. Dadurch konnten rund 1.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Nach der erfolgreichen Etablierung hat sich die L-Bank im Berichtsjahr aus dem Engagement zurückgezogen.

Seit Beginn der Aktivitäten in diesem Geschäftsfeld haben die Tochtergesellschaften der L-Bank insgesamt 441,1 Mio. EUR in Technologieparks investiert und Gebäude im Wert von 271,3 Mio. EUR veräußert. Nach durchgeführten Neubaumaßnahmen in Stuttgart und Reutlingen betragen die Investitionen zum Ende des Berichtsjahres 171,8 Mio. EUR (Vorjahr: 154,6 Mio. EUR). Die im Eigentum der Gesellschaften befindlichen Gebäude sind nahezu vollständig vermietet.

Banksteuerung

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben betreibt die L-Bank das Treasury-Management und Geschäfte zur Diversifizierung ihrer Risiken. Dabei steht nicht die Erzielung maximaler Renditen, sondern die Steuerung der Liquidität und der Gesamtrisikoposition der Bank im Vordergrund. Die L-Bank

verfolgt bei ihren Geschäften zur Banksteuerung einen konservativen Investitionsansatz.

Im Berichtsjahr nahm die L-Bank Wertpapiere und Schuldscheindarlehen in Höhe von 4.167,9 Mio. EUR (Vorjahr: 7.376,4 Mio. EUR) neu in den Anlagebestand auf. Im Wertpapierneugeschäft entfallen 71 % auf Bank- und 29 % auf öffentliche Adressen. Das Neugeschäftsvolumen bei den Credit Default Swaps und sonstigen garantieähnlichen Risikoübernahmen lag bei 2.224,5 Mio. EUR. 88 % der Credit Default Swaps betreffen erstklassige westeuropäische Staatsadressen des Europäischen Wirtschaftsraumes sowie 12 % Unternehmens- und Bankadressen.

Der konsequente, auf gute bis sehr gute Bonitäten ausgerichtete Investitionsfokus hat sich in der schwierigen Zeit der Finanzkrise bewährt und die L-Bank vor Verlusten bewahrt. Insbesondere war die Bank nicht von den Turbulenzen in Island (Staats- und Bankrisiken) betroffen; auch bestand kein Engagement gegenüber der mittlerweile insolventen Investmentbank Lehman Brothers. Zum Jahresende 2008 waren keine bonitätsbedingten Einzelwertberichtigungen auf Verbriefungsprodukte erforderlich.

Aus Verbriefungstransaktionen besitzt die L-Bank aufgrund dieser sehr konservativen Anlagestrategie fast ausschließlich Wertpapiere mit Ratings im Bereich von AAA und AA. Dabei ist die L-Bank nicht am US-amerikanischen Hypothekenmarkt, insbesondere nicht in US-amerikanischen Subprime-Risiken engagiert. Die Bank besitzt keine Anteile an Zweckgesellschaften und hat diesen auch keine Liquiditätslinien eingeräumt. Alle Kreditgeschäfte werden in den eigenen Büchern geführt.

Soweit Engagements in Verbriefungstranchen mit einem schlechteren Rating als AA eingegangen worden sind, sind diese ausnahmslos zum Zeitpunkt der Investition mit einer staatlichen oder supranationalen Einrichtung mit einem Rating von mindestens AA hinsichtlich der Zahlung von Zins und Tilgung abgesichert worden.

Die untenstehende Tabelle zeigt die Bestände und das Risikoprofil der Bank in Asset Backed Securities und Credit Linked Notes zum Bilanzstichtag (auch unter Beachtung von Sicherungsgeschäften, die bei Kauf abgeschlossen wurden).

Die L-Bank ordnet alle von ihr gehaltenen zinstragenden Wertpapiere, abgesehen von eigenen Wertpapieren in der Liquiditätsreserve, dem Anlagevermögen zu. Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht bis zur Endfälligkeit werden kurzfristige Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Jedoch beobachtet die Bank die Marktentwicklung sehr genau, Bonitäten werden grundsätzlich jährlich und bei Bedarf geprüft. Für die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte implementiert die Bank eigene finanzmathematische Bewertungsmodelle.

Refinanzierung

Die L-Bank verfügt aufgrund von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie der unbeschränkten, im Gesetz über die L-Bank geregelten unbedingten und unwiderruflichen Garantie des Landes Baden-Württemberg über eine hervorragende Bonität. Der letztgenannte Haftungsmechanismus impliziert diesbezüglich eine Gleichstellung der L-Bank mit dem Land Baden-Württemberg. Diese herausragende Position am Geld- und Kapitalmarkt bestätigen die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's mit einem erstklassigen Rating von Aaa bzw. AA+ bei positivem Ausblick.

Wichtiger Bestandteil der Refinanzierungstätigkeit der L-Bank ist die Begebung von Benchmark-Anleihen in Euro oder Dollar unter dem Debt

Issuance Programme (DIP) mit einem Rahmenvolumen von 30 Mrd. EUR. Privatplatzierungen werden investorenorientiert in verschiedenen Währungen und Strukturen, in Form von Inhaber- und Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen angeboten. Zur Marktpflege tätigt die Bank Rückkäufe und Tilgungen in eigenen Titeln.

Wegen der volatilen Kapitalmärkte und eines gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Investoren konnte sich die L-Bank insbesondere in der ersten Jahreshälfte zu attraktiven Zinskonditionen refinanzieren. Das Emissionsvolumen lag im Geschäftsjahr bei 13,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 10,7 Mrd. EUR). Bei einem deutlichen Schwerpunkt in kürzer laufenden Refinanzierungen konnten insgesamt vier großvolumige Benchmark-Anleihen mit Laufzeiten zwischen zwei und fünf Jahren sowie lang laufende, teils strukturierte Privatplatzierungen abgesetzt werden. Als Emissionswährungen wurden hauptsächlich Euro und US-Dollar, aber auch Schweizer Franken und Japanische Yen genutzt.

BILANZSUMME UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Berichtsjahr stieg die Bilanzsumme der L-Bank um 2,9 % auf 61,3 Mrd. EUR. Der Anstieg basiert im Wesentlichen auf einem erhöhten Wertpapierbestand. Durch geringere Termingeldforderungen und durch das Auslaufen von Wertpapierleihegeschäften sind die bilanziellen Kreditbestände um rund 1 Mrd. EUR zurückgegangen. Im originären Kreditgeschäft haben sich dagegen die Ausleihungen an Banken um 1,3 Mrd. EUR und die Kredite an Kunden um 0,1 Mrd. EUR erhöht.

	Nominalwert in Mio. EUR	AAA	AA-Bereich	BBB-Bereich
Asset Backed Securities	1.476,3	93,82 %	5,85 %	0,33 %
Credit Linked Notes	1.317,8	99,47 %	0,53 %	–

Das Geschäftsvolumen, welches auch Bürgschaftsverpflichtungen und unwiderrufliche Kreditzusagen enthält, sank um 7,7 % auf 72,2 Mrd. EUR. Dieser Rückgang beruht insbesondere auf dem Auslaufen einer Rahmenbürgschaftsvereinbarung, mit der Forderungen gegen Banken in Baden-Württemberg abgesichert wurden.

Die ordentlichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr leicht um 3,7 % auf 397,5 Mio. EUR. Der Zinsüberschuss, der weiterhin wichtigster Ertragsbestandteil bleibt, stieg mit 4,5 % auf 353,6 Mio. EUR. Die Zunahme ist unter anderem auf die für die L-Bank guten Refinanzierungskonditionen insbesondere in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss, der sich mehrheitlich aus Entgelten für die Abwicklung des Elterngelds und der Finanzhilfen sowie aus Bürgschaftsprovisionen zusammensetzt, sank leicht um 3,1 % auf 28,2 Mio. EUR. Das sonstige Ergebnis lag mit 11,1 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahresergebnis, da Aufwendungen für vermietete Gebäude entfielen.

Die Personalkosten stiegen um 3,5 % auf 76,8 Mio. EUR, wofür vorweggenommene Tarifierhöhungen und der weitere Personalaufbau insbesondere im Geschäftsfeld Elterngeld verantwortlich sind. Die Sachaufwendungen erhöhten sich um 4,3 %. Dies ist auf den Einsatz von Zeitarbeitnehmern bei der Bearbeitung des Elterngeldes zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen somit insgesamt um 3,4 % auf 125,3 Mio. EUR.

Das Betriebsergebnis vor Bewertungsänderung lag mit einem Plus in Höhe von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr bei 267,6 Mio. EUR.

Die L-Bank ist als Förderinstitut gehalten, Risiken im Kreditgeschäft zu übernehmen, die andere Banken nicht einzugehen bereit wären. Außerdem trägt die L-Bank weiterhin erhöhte Risiken aus ihrem Fördergeschäft in Sachsen nach der Wiedervereinigung. Die in der Vergangenheit praktizierte konservative Bewertungspolitik wurde fortgesetzt.

Die aufkommende Konjunkturschwäche führte schon zum Ende des Berichtsjahres zu einem signifikant höheren Vorsorgebedarf. Nur durch ein positives Beteiligungsergebnis und einen Sondereffekt im Kredit- bzw. Wertpapiergeschäft konnte die Risikoverstärkung im Kreditgeschäft mehr als ausgeglichen werden.

Trotz der anhaltenden Schwäche der internationalen Finanzmärkte waren aufgrund der vergleichsweise guten Bonität der Emittenten keine bonitätsbedingten Abschreibungen auf das Wertpapierportfolio erforderlich. Es lagen weder finanzielle Schwierigkeiten der Schuldner (Emittenten) vor, noch waren Anhaltspunkte, die auf eine dauernde Wertminderung hindeuten, feststellbar.

Unter Berücksichtigung der Risikovorsorge beläuft sich das Betriebsergebnis nach Bewertungsänderung (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) auf 268,1 Mio. EUR (Vorjahr: 245,3 Mio. EUR).

Vor dem Hintergrund der nach wie vor schwierigen Lage der Finanzmärkte und der sich abzeichnenden Rezession hat die L-Bank den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 118 Mio. EUR verstärkt. Das verteilungsfähige Ergebnis liegt danach bei 149,1 Mio. EUR (Vorjahr: 246,6 Mio. EUR).

EIGENKAPITAL UND GEWINNVERWENDUNG

Aus dem Ergebnis stellt die Bank ihrem Eigner, dem Land Baden-Württemberg, einen Betrag in Höhe von 152,4 Mio. EUR (Vorjahr: 246,5 Mio. EUR) zur Verfügung. 112,1 Mio. EUR werden in Form von Zinsverbilligungsrückstellungen und Zuschüssen aufgewendet, welche die Bank zur Verbilligung von Förderkrediten einsetzt. Wie schon in den Vorjahren leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur Finanzierung des Straßenbaus in Höhe von 15,3 Mio. EUR. Vom verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 25,8 Mio. EUR schüttet die L-Bank 25,0 Mio. EUR an das Land aus.

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER KENNZAHLEN	01.01.2008 bis 31.12.2008	01.01.2007 bis 31.12.2007	01.01.2006 bis 31.12.2006
Eigenkapitalquote	2,8 %	2,9 %	3,3 %
Eigenkapitalrendite	8,7 %	14,4 %	14,7 %
Cost Income Ratio*	32,9 %	33,6 %	37,1 %

* Das Verfahren zur Berechnung der Cost Income Ratio hat sich gegenüber dem letzten Geschäftsbericht durch Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen verändert. Die Zahlen der Vorjahre wurden neu berechnet.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG*	01.01.2008 bis 31.12.2008	01.01.2007 bis 31.12.2007	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
In Mio. EUR				
Zinsüberschuss	353,6	338,4	15,2	4,5 %
Provisionsüberschuss	28,2	29,1	-0,9	-3,1 %
Sonstige Erträge/Aufwendungen	11,1	8,4	2,7	32,1 %
./. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	125,3	121,2	4,1	3,4 %
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen	267,6	254,7	12,9	5,1 %
./. Risikovorsorge/Bewertungen	-0,5	9,4	-9,9	-105,3 %
Betriebsergebnis (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit)	268,1	245,3	22,8	9,3 %
Außerordentliches Ergebnis	0,2	2,9	-2,7	-93,1 %
./. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	118,0	0,0	118,0	-
Jahresüberschuss vor Steuern	150,3	248,2	-97,9	-39,4 %
./. Ertragssteuern	1,2	1,6	-0,4	-25,0 %
Verteilungsfähiges Ergebnis	149,1	246,6	-97,5	-39,5 %
./. Zuführung zur Rückstellung für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere ausgereichte Zuschüsse	112,1	129,7	-17,6	-13,6 %
./. Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	15,3	15,3	0,0	0,0 %
Jahresüberschuss	21,7	101,6	-79,9	-78,6 %
./. Sonderausschüttung	25,0	101,5	-76,5	-75,4 %

* Die Zahlen des Vorjahres wurden angepasst.

Das bilanzielle Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital, den Kapitalrücklagen und aus dem Bilanzgewinn. Es lag zum Bilanzstichtag nach Ausschüttung bei 1.708,7 Mio. EUR.

RISIKOBERICHT

Die L-Bank hat zur Steuerung der mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem installiert, mit dem die folgenden Ziele verfolgt werden:

- Die Bank ist jederzeit in der Lage, die Risikosituation einzuschätzen.
- Die Risiken werden frühzeitig abgebildet und kommuniziert.
- Handlungsalternativen zur Steuerung der Risiken werden aufgezeigt.

Das Risikomanagement wird durch vier Arten von Maßnahmen umgesetzt:

- Festlegung von Strategien (Geschäfts- und Risikostrategie)
- interner Kapitalallokationsprozess
- Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse sowie
- Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation

Geschäfts- und Risikostrategie

Bedingt durch ihren öffentlichen Auftrag wird das Risikoprofil der L-Bank in hohem Maße durch die Förderprogramme bestimmt, die eine Konzentration der Ausfallrisiken nach Regionen, Branchen und Kundengruppen (Klumpenrisiken) bewirken. Ziel der Risikosteuerung ist die Sicherung des Fortbestandes der Bank ohne Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg. Die Bank achtet auf eine solide Eigenkapitalausstattung, mit der sämtliche Risiken abgefangen werden können (Risikotragfähigkeit). Auf Basis der Planungen der einzelnen Geschäftsfelder erstellt die Bank jährlich eine Risikostrategie. Diese zeigt den geplanten Umfang der zukünftigen Kreditrisiken, die Klumpenrisiken und die Risikotragfähigkeit.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand formuliert die Risikopolitik und legt den Handlungsrahmen für die Umsetzung fest. Er definiert die Steuerungsvorgaben, indem er insbesondere Risikolimits sowie Sollstrukturen festlegt.

Die Umsetzung der vorgegebenen Risikopolitik obliegt den Fachbereichen. Der Bereich Treasury ist für die Steuerung der Zinsänderungs- und Währungsrisiken im Bankbuch und für das Liquiditätsrisikomanagement zuständig. Für die Steuerung des Kreditausfallrisikos sind die Bereiche verantwortlich, die das Geschäft initiieren. Die operationellen Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese managen entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager).

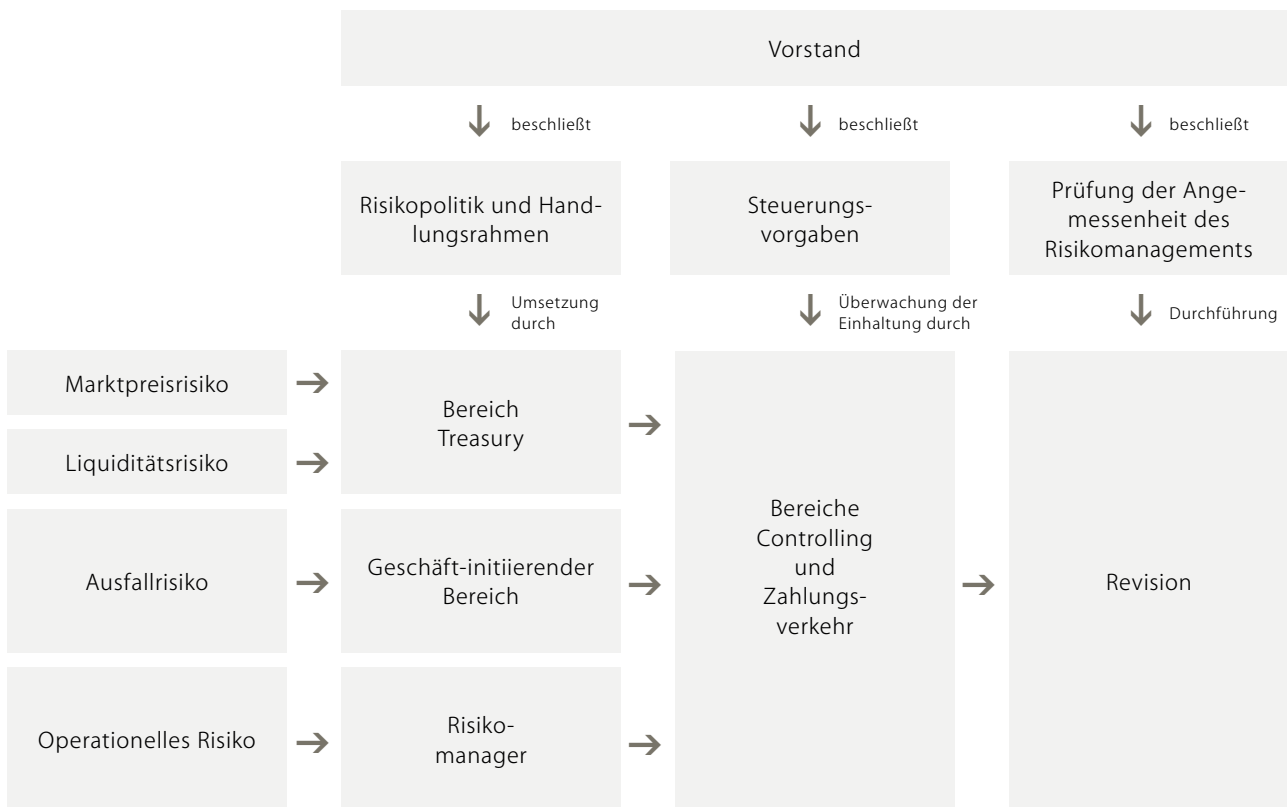
Die Bewertung der Risiken wird vom Bereich Controlling vorgenommen. Dieser ist zusammen mit der Abteilung Treasury-Abwicklung des Bereichs Zahlungsverkehr für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Wertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Interner Kapitalallokationsprozess (ICAAP)

In einem zweigeteilten Regelkreis stellt die L-Bank sicher, dass die unerwarteten Verluste die Risikodeckungsmasse nicht übersteigen. Dabei wird der Handlungsrahmen durch die Festlegung von Verlust-

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS



obergrenzen bestimmt, die im Rahmen eines risikoorientierten Entscheidungsverfahrens aus der Risikodeckungsmasse abgeleitet werden.

Risikodeckungsmasse und Value-at-Risk-Risikokapital
 Die Summe aller Vermögenswerte der Bank bildet die Risikodeckungsmasse. Die Risikodeckungsmasse errechnet sich aus der Summe der Barwerte aller Aktiva und Passiva abzüglich des Barwertes der mit der Abwicklung dieser Geschäfte verbundenen Personal- und Sachkosten sowie abzüglich des Barwertes der diesen Geschäften innewohnenden erwarteten Ausfallkosten. Die Risikodeckungsmasse wird nicht in vollem Umfang als Risikokapital, mit dem alle zukünftigen, unerwarteten Verluste abzudecken sind, zur Verfügung gestellt. Die Höhe des Anteils an der Risikodeckungsmasse, die als Risikokapital zur Verfügung gestellt wird, muss folgende

Bedingungen erfüllen:

- Das Value-at-Risk-Risikokapital darf nicht größer sein als der Gewinn vor Rücklagendotierung des laufenden Jahres (Deckungsschicht I) zuzüglich stiller Reserven (Deckungsschichten II–IV). Durch die Einhaltung dieser Vorgabe ist sichergestellt, dass bei Eintritt aller unerwarteten Verluste keine negativen Auswirkungen auf die GuV und die Bilanz des laufenden Jahres entstehen.
- Das Value-at-Risk-Risikokapital darf nicht größer sein als 50 % des ausgewiesenen Kapitals des Vorjahres.
- Das Value-at-Risk-Risikokapital darf nicht größer sein als 30 % der Risikodeckungsmasse.

Gesamtverlustobergrenze

In einem weiteren risikoorientierten Entscheidungsprozess wird bestimmt, welcher Anteil des Value-at-

Risk-Risikokapitals im Rahmen der Risikosteuerung als Gesamtverlustobergrenze vorgegeben wird. Die Gesamtverlustobergrenze darf nicht größer sein als das zuvor ermittelte Value-at-Risk-Risikokapital.

Teilverlustobergrenzen

In Abhängigkeit von der Geschäftsart und vom Geschäftsumfang wird die festgelegte Gesamtverlustobergrenze in Teilverlustobergrenzen für alle wesentlichen Risiken der L-Bank aufgeteilt (Ausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko). Dabei werden beim Ausfallrisiko alle Kredite nach § 19 KWG berücksichtigt. Die Gesamtverlustobergrenze darf nicht kleiner sein als die Summe der Teilverlustobergrenzen, d. h. gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Risikoarten, die das ausgewiesene Gesamtrisiko mindern würden, bleiben dabei unberücksichtigt.

Geschäfts- und Risikostrategie

Die festgelegten Teilverlustobergrenzen werden mit dem Value-at-Risk-Risikokapital verglichen, das für alle gemäß Risikostrategie zu erwartenden Planrisikovolumina der nächsten drei Jahre notwendig ist. Ist das notwendige Value-at-Risk-Risikokapital höher als die festgelegten Teilverlustobergrenzen, werden die Neugeschäftsplanungen entsprechend angepasst.

Limitüberwachung und Stresstest

Im Rahmen der laufenden Risikosteuerung und Risikoüberwachung erfolgen regelmäßig folgende Maßnahmen:

- die Ermittlung der Risikodeckungsmasse
- die Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben bezüglich des Value-at-Risk-Risikokapitals
- der Vergleich des benötigten Value-at-Risk-Risikokapitals mit den bereitgestellten Teilverlustobergrenzen sowie
- die Ermittlung des benötigten Stress-Risikokapitals und der Vergleich mit der Risikodeckungsmasse

Bei einer negativen Veränderung der Risikodeckungsmasse, Überschreitungen der Teilverlustobergrenzen bzw. wenn das Stress-Risikokapital die Risikodeckungsmasse übersteigt, entscheidet die Geschäftsleitung über das weitere Vorgehen.

Risikosteuerung und -controlling

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Die L-Bank hat die folgenden vier Risikoarten als wesentlich identifiziert:

- Ausfallrisiko
- Marktpreisrisiko
- Liquiditätsrisiko
- operationelles Risiko

Die wichtigsten quantitativen Kenngrößen zur Beurteilung der Risikosituation sieht die L-Bank in den erwarteten Verlusten aus Ausfallrisiken, den Value-at-Risk-Werten und den Stresstestergebnissen.

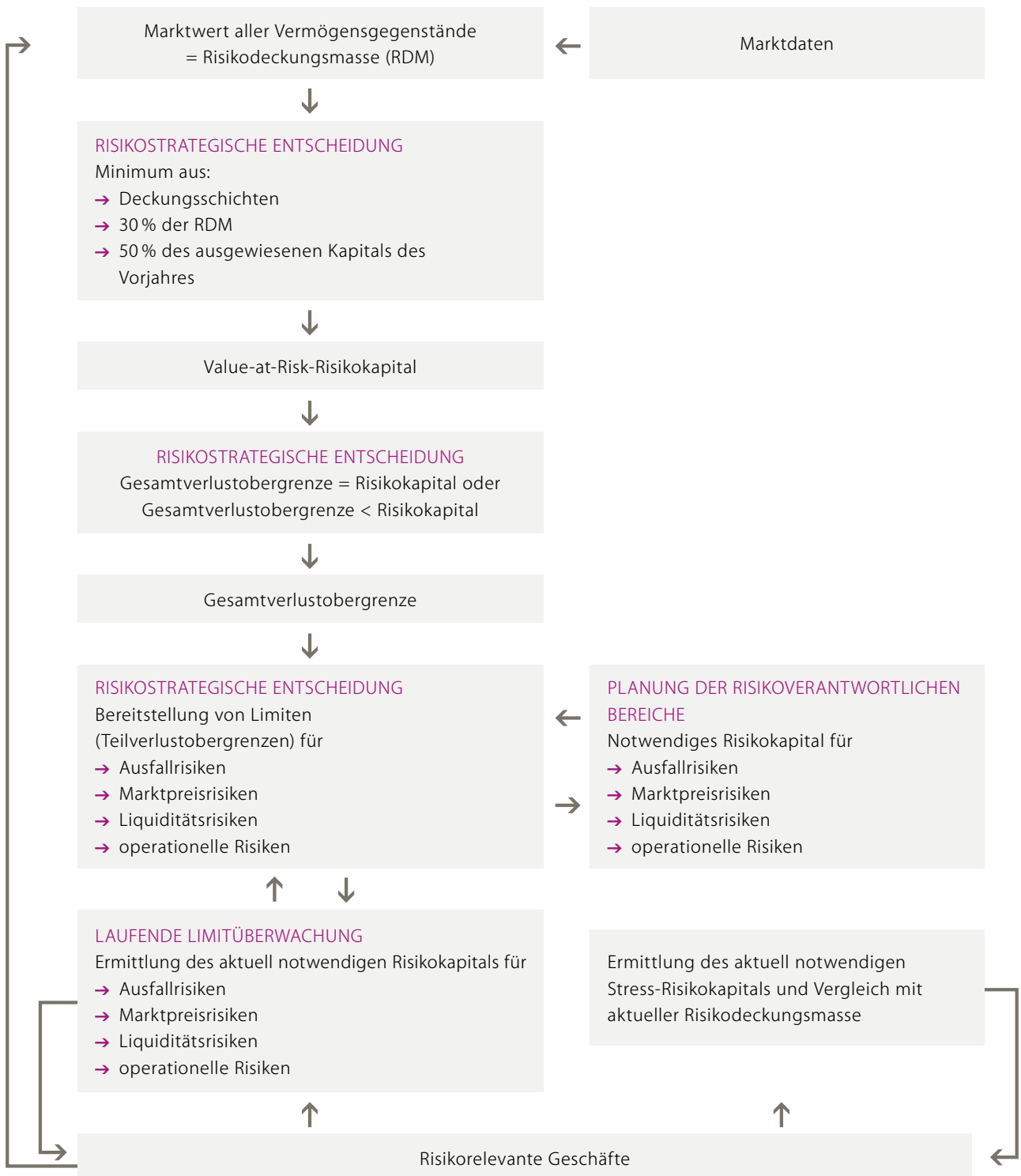
Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels Value-at-Risk (VaR) gemessen. Der VaR misst den potenziellen Verlust, der innerhalb eines zuvor festgelegten zukünftigen Zeitraums unter normalen Bedingungen mit einer ebenfalls festgelegten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Stresstests

Die Ergebnisse der Stresstests sind in ihrer Aussagekraft naturgemäß durch die Anzahl der Stresstests und die Tatsache, dass nicht alle Marktbedingungen simuliert werden können, begrenzt. Die Stresstests werden nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbedingungen definiert. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass Marktbedingungen eintreten, die zu Verlusten führen, die die Risikodeckungsmasse übersteigen.

INTERNER KAPITALALLOKATIONSPROZESS (ICAAP)



Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität des Kreditnehmers liegende oder politische Ursachen haben, die aus direkten staatlichen Verboten zur Leistungserfüllung resultieren.

In Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Auftretens des Ausfallrisikos differenziert die Bank dieses weiter in Settlementrisiko (Erfüllungsrisiko), Abwicklungsrisiko und Kreditrisiko. Das Settlementrisiko besteht nur während der Geschäftsabwicklung im Zeitraum zwischen Anweisung der Vorleistung und Eingang der Gegenleistung. Das Abwicklungsrisiko besteht nach Fälligkeit der vertraglichen Leistung, wobei die Fälligkeit je nach Kreditgeschäft variiert. Das Kreditrisiko ist hingegen ein latentes Risiko, das während der gesamten Laufzeit besteht, wobei die Bank jedoch keine Vorleistung erbracht hat. Das Kreditrisiko zeigt sich einerseits in Form des Wiedereindeckungsrisikos, das in der Gefahr besteht, dass ein Ersatzgeschäft nur zu schlechteren Konditionen abgeschlossen werden kann. Andererseits (Kreditrisiko im engeren Sinne) könnten überlassenes Kapital und vereinbarte Zinsen oder die erwartete Dividende nicht gezahlt werden bzw. könnte die Bank aus übernommener Gewährleistung in Anspruch genommen werden (Emittentenrisiko, Anteilseignerrisiko, Risiko aus Forderungen und Gewährleistungen).

Bewertungsverfahren

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels Value-at-Risk gemessen.

Die Ausfallrisiken in der Wohnungsbauförderung werden mit einem statistischen Verfahren bei einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Dabei werden Erlöse aus der Verwertung von gestellten Sicherheiten, nicht jedoch Korrelationen zwischen den einzelnen

Kreditnehmern berücksichtigt, da es sich bei der Wohnungsbauförderung um eine Vielzahl homogener Kreditnehmer handelt.

Bei den übrigen Krediten erfolgt die Berechnung mittels Monte-Carlo-Simulation auf Basis der internen Ratings und Wahrscheinlichkeiten für Ratingveränderungen, die von Ratingagenturen zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, nicht jedoch die gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Nahezu der Gesamtbestand ist in Europa und den USA beheimatet, so dass den sonstigen Länderrisiken nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Die Ausfallrisiken haben bei der L-Bank den größten Anteil an den bewerteten Risiken. 73 % der zum 31.12.2008 bestehenden VaR-Werte entfielen auf diese Risikoart.

Jeder Kredit wird klassifiziert, wobei die Bank bei den verwendeten Risikoklassifizierungsverfahren die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur berücksichtigt und bei homogenen Kundengruppen auch Pauschalratings vergibt.

Das individuelle Kreditrisiko wird durch die Vergabe von Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimiten begrenzt. Diese Limite (Global- und Einzelgeschäft) werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse durch den Vorstand beschlossen und vom Controlling täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst. Das Ländertransferrisiko wird durch die Vergabe von Maximallimiten für Länder außerhalb der Euro-Zone begrenzt. Auch diese Limite werden durch den Vorstand auf der Grundlage einer Analyse der Risikosituation des jeweiligen Landes beschlossen und durch den Bereich Controlling täglich auf ihre Einhaltung überwacht. Bei einer Überschreitung werden taggleich Gegenmaßnahmen ergriffen.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäftes werden über Portfoliolimite für die Branchen, Regionen und Risikoklassen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Zusätzlich wird die Risikostruktur des Portfolios „Wertpapiere“ limitiert. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich vom Bereich Controlling überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Die Verlustrisiken aus den Kreditgeschäften werden über VaR-Limite begrenzt. Diese legt der Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit sowie der Geschäfts- und Risikostrategie für die einzelnen Geschäftsfelder fest. Der Bereich Controlling überwacht vierteljährlich die Einhaltung der VaR-Limite und leitet bei Überschreitungen Gegenmaßnahmen ein. Die Verteilung der genannten Limite für Verlustrisiken auf die einzelnen Kundengruppen der Bank ergibt sich aus folgender Tabelle:

Adressrisiken gesamt	488 Mio. EUR
Privatkunden	13 Mio. EUR
Unternehmenskunden	220 Mio. EUR
Banken	240 Mio. EUR
Öffentliche Hand	15 Mio. EUR

In den nebenstehend aufgeführten Kreditrisikoprofilen sind alle Transaktionen erfasst, bei denen Verluste entstehen können, falls ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Bei der Ermittlung der Beträge wurden gestellte Sicherheiten oder Gewährleistungen berücksichtigt. In den aufgeführten Beträgen sind

In Mio. EUR	Privatkunden	Unternehmenskunden	Banken	Öffentliche Hand
31.12.2006	107,8	812,1	0,0	0,0
31.12.2007	89,4	769,4	0,0	0,0
31.12.2008	89,5	763,3	0,0	0,0

nicht enthalten: Barreserve, Forderungen aus Zinsabgrenzungen sowie Wertberichtigungen.

Der Bestand in Höhe von 1,14 Mrd. EUR bei Unternehmen und Selbstständigen mit mangelhafter Bonität geht mit 939,8 Mio. EUR auf „Mietwohnungsbau in Sachsen“ zurück.

Unter Problemkrediten versteht die L-Bank Kredite, die zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erfordern, die über die Normalverwaltung und auch die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbearbeitung hinausgehen. Zum 31.12.2008 wurde ein Bestand von 2.382,3 Mio. EUR an Problemkrediten ausgewiesen. Dieser verteilt sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank:

In Mio. EUR	Problemkredit-Bestand
Privatkunden	350
Eigentumsförderung B.-W.	227
Eigentumsförderung Sachsen	123
Unternehmen und Selbstständige	1.458
Mietwohnungsbauförderung B.-W.	231
Mietwohnungsbauförderung Sachsen	1.077
Wirtschaftsförderung	150
Banken	574
Summe gesamt	2.382

Die L-Bank hat eindeutige Richtlinien zur Bildung von Risikovorsorge erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einzelwertberichtigungen in Mio. EUR nach Geschäftsfeldern:

QUALITATIVE VERTEILUNG DES KREDITBESTANDS ZUM 31.12.2008

In Mio. EUR	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Banken	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Sehr gute Bonität	4.261,5	6.571,5	23.040,8	8.399,5	42.273,3	62,1 %
Gute Bonität	4.003,3	3.362,9	15.086,6	61,9	22.514,7	33,1 %
Befriedigende Bonität	0,0	1.261,4	37,2	0,0	1.298,7	1,9 %
Mangelhafte Bonität	87,0	1.141,6	580,6	0,0	1.809,1	2,7 %
Sonstige, in Abwicklung	42,8	123,7	1,9	0,0	168,3	0,2 %
Summe	8.394,5	12.461,1	38.747,1	8.461,4	68.064,1	100,0 %

REGIONALE VERTEILUNG DES KREDITBESTANDS ZUM 31.12.2008

In Mio. EUR	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Banken	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland	8.394,1	11.894,7	27.425,0	4.276,0	51.989,8	76,4 %
Europa	0,4	499,2	10.000,0	4.175,1	14.674,7	21,6 %
USA	0,0	18,6	490,4	0,0	509,0	0,7 %
Restliches Ausland	0,0	48,5	831,7	10,4	890,5	1,3 %
Summe	8.394,5	12.461,1	38.747,1	8.461,4	68.064,1	100,0 %

Finanzinstrumente zur Risikosteuerung

Die Bank hielt im Anlagevermögen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen in Höhe von 19.965,3 Mio. EUR. Diese Wertpapiere wurden zur Diversifizierung der mit dem Fördergeschäft verbundenen Klumpenrisiken gekauft. Sie werden bis zur Endfälligkeit gehalten. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikostruktur dieser Wertpapiere.

Risikoklasse	Bestand in Mio. EUR
AAA	13.888,6
AA	3.346,1
A	2.552,0
BBB	75,5
BB	10,0
B	92,0

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen. Der Begriff „Markt“ bezieht sich auf den Geld- und Kapitalmarkt, so dass das Marktpreisrisiko entsprechend den möglichen Einflussfaktoren untergliedert wird in:

- Zinsänderungsrisiken
- Währungsrisiken
- Risiken aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen (= Beteiligungen)
- Optionsrisiken

Bewertungsverfahren

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden quantitativ mittels Value-at-Risk (VaR) gemessen. Bei den Marktpreisrisiken wird der VaR mittels historischer Simulation bei einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Marktpreisrisiken bestehen für die L-Bank hauptsächlich als Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Zudem sind die Tochtergesellschaften, die sich mehrheitlich im Eigentum der L-Bank befinden, Preisrisiken in Form von Immobilienrisiken ausgesetzt.

Zur Steuerung der eingegangenen Risiken gibt der Vorstand VaR-Limite vor. Die tägliche Berechnung des VaR der Zinsänderungs- und Währungsrisiken erfolgt in der Abteilung Risikocontrolling des Bereichs CT mit der Methode der historischen Simulation. Die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Berechnungsmethode erfolgt mittels Backtesting. VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter normalen Marktbedingungen. Zusätzlich werden Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert, um mögliche Verluste auch bei extremen Marktveränderungen abschätzen zu können. Die an historischen Entwicklungen orientierten Extremszenarien wurden wegen der aktuellen extremen Marktentwicklungen zum Jahresende 2008 angepasst, indem ein stärkerer Zinsrückgang als im bisher verwendeten Szenario unterstellt wird. Im Rahmen der Stresstests überprüft die L-Bank auch die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte nach oben bzw. um 190 Basispunkte nach unten. Der Anteil des bei diesem Szenario entstehenden Verlustes am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG wird ermittelt.

Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Um die Immobilienrisiken zu quantifizieren, ermittelt die L-Bank unter Worst-Case-Gesichtspunkten den bei Verkauf möglichen Minderertrag des investierten Kapitals. Dieser wird unter Beachtung der historischen und der erwarteten Entwicklung der Immobilienpreise abgeschätzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch die Abteilung Risikocontrolling im Bereich CT. Die täglich ermittelten VaR-Werte werden mit den vorgegebenen Limiten verglichen. Das Risikocontrolling überwacht auch die Einhaltung der Planrisikostruktur und der eingeräumten Limite. Ein täglicher Risiko- und Ergebnisbericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder.

Die untenstehende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer unterstellten Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +130/–190 Basispunkte.

Finanzinstrumente zur Steuerung

Derivate werden hauptsächlich in Form von Zinsswaps bzw. Zinswährungsswaps zur Steuerung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Der Bestand an Zinsswaps (inkl. Swaptions) betrug zum 31.12.2008 nominal 87.457,1 Mio. EUR (Vorjahr: 85.542,2 Mio. EUR). Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 7.919,3 Mio. EUR (Vorjahr: 7.264,6 Mio. EUR).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass Geschäfte nicht oder nicht zum erwarteten Preis abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko). Des Weiteren besteht ein Risiko darin, dass bei Bedarf nicht ausreichend

Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Anschlussrefinanzierungsrisiko).

Bewertungsverfahren

Die Ermittlung des VaR für Liquiditätsrisiken (Anschlussrefinanzierungsrisiko) erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten negativen Ratingveränderungen von hervorragend gerateten Banken sowie der damit korrespondierenden Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen dieser Banken. Da die Refinanzierungsbedingungen nicht direkt beobachtet werden können, wird stattdessen die Renditeerhöhung infolge der Ratingverschlechterung der von diesen Banken emittierten Wertpapiere als Indikator für die Refinanzierungsbedingungen verwendet. Zur Berechnung des VaR wird für den Betrachtungszeitraum ein Jahr eine Verschlechterung des Ratings um genau so viele Stufen betrachtet, dass sich ein Konfidenzniveau von 99 % ergibt. Es wird dann angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu den aufgrund der Ratingherabstufung verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr

Die Liquiditätssteuerung ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorschau, in der sämtliche erwarteten und geplanten Zahlungsströme innerhalb der nächsten zwölf Kalendermonate berücksichtigt werden. Darlehensauszahlungen, deren Höhe oder zeitliche Terminierung noch nicht exakt feststeht, werden auf Grundlage eines statistisch ermittelten Abrufverhaltens in den verschiedenen Geschäftssparten berücksichtigt.

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN GESAMT (KORRELIERT)	Jahresende 31.12.2008	Maximum 30.12.2008	Minimum 18.01.2008	Durchschnitt
+130/–190-Basispunkte-Shift *	200 Mio. EUR	200 Mio. EUR	123 Mio. EUR	158 Mio. EUR
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG	7 %	7 %	4 %	5 %

* Es wird der ungünstigere Wert ausgewiesen.

Das Refinanzierungsvolumen der L-Bank lag 2008 um 2,8 Mrd. Euro über dem des Vorjahres. Die Liquiditätsbeschaffung war zu keinem Zeitpunkt problematisch. Die Finanzmarktkrise führte für die L-Bank zunächst zu einer deutlichen Verbilligung der Refinanzierungsaufwendungen. Aufgrund der zahlreichen staatlichen Rettungsmaßnahmen für notleidende Banken verschlechterten sich jedoch die Refinanzierungsbedingungen für die L-Bank gegen Jahresende. Der Liquiditätsbedarf der Bank für 2009 beträgt 11 Mrd. Euro sowie 6 Mrd. Euro für 2010. Die Bank hält einen Bestand von 13 Mrd. Euro an EZB-fähigen Wertpapieren. Wenn nötig, könnte bestehender Liquiditätsbedarf der Bank durch Verpfändung dieser Papiere bei der EZB gedeckt werden.

Die Bewertung und Überwachung sowie das Reporting des Liquiditätsrisikos erfolgen durch den Bereich Controlling. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegenübergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 1,79. Im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,63.

Der VaR für das Marktliquiditätsrisiko beschreibt den möglichen Verlust, der entsteht, wenn die Bank bestimmte Positionen aufgrund geringerer oder fehlender Umsätze auf dem Kapitalmarkt nicht innerhalb eines Tages, sondern erst innerhalb von zehn Tagen kaufen bzw. verkaufen kann.

Das Anschlussrefinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Zur Vermeidung von Doppelberechnungen berücksichtigt die L-Bank bei der Berechnung des VaR des Liquiditätsrisikos ausschließlich das Anschlussrefinanzierungsrisiko.

Die Finanzmarktkrise führte im Jahr 2008 zu weiteren deutlichen Ausweitungen der Bonitätsspreads insgesamt. Die Risikoaufschläge für die im Risikomessmodell unterstellten Ratingverschlechterungen waren aus diesem Grund erheblichen Schwankungen unterworfen.

Zur Vorsorge gegen finanzielle Risiken aus dem Anschlussrefinanzierungsrisiko hat die Bank eine Sollstruktur der Auszahlungsüberschüsse festgelegt. Daneben hält die L-Bank einen Mindestbestand an EZB-fähigen Wertpapieren und an Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Finanzinstrumente zur Steuerung

Die Garantie des Landes Baden-Württemberg für die im § 5 Abs. 3 im Gesetz über die L-Bank genannten Instrumente gewährleistet der L-Bank stets einen sicheren Zugang zu Liquidität. Im Berichtsjahr konzentrierte die L-Bank ihre Refinanzierungstätigkeit auch im Benchmarkbereich – zum einen wegen der deutlichen Preisvorteile und zum anderen aufgrund des Fristenbedarfs – auf die kurzen bis mittleren Laufzeiten. Ergänzend zu den üblichen Marktinstrumenten wurden zur Optimierung der Refinanzierungskosten auch die Finanzierungsfazilitäten der Europäischen Zentralbank genutzt. Aufgrund der staatlichen Rettungsmaßnahmen für notleidende Banken verschlechterten sich die Refinanzierungsbedingungen für die L-Bank gegen Jahresende.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells berechnet, welches in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadenereignissen verwendet wird. Grundlage

sind hier Expertenschätzungen zu jedem risikobehafteten Prozess der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in vernachlässigbarem Umfang Schadenfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und somit eine Ermittlung des VaR auf Basis historischer Daten nicht möglich ist.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen durch den Bereich Controlling erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadenfällen, die aus dem Eintritt operationeller Risiken resultieren, hat die L-Bank Versicherungen abgeschlossen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Bedeutung der einzelnen Risiken für die L-Bank lässt sich durch eine Gegenüberstellung der VaR-Werte veranschaulichen. Die Teilverlustobergren-

zen und ihre Auslastung zum 31.12.2008 sind in der untenstehenden Tabelle dargestellt.

WERTPAPIER-COMPLIANCE, GELDWÄSCHE UND DATENSCHUTZ

Compliance umschreibt ein regelkonformes Verhalten der bankgeschäftlichen Aktivitäten in Bezug auf gesetzliche Bestimmungen. Der Compliance-Beauftragte ist direkt dem L-Bank Vorstand unterstellt und achtet des Weiteren auf die Einhaltung der Geldwäsche- und Datenschutzrichtlinien.

Im Berichtsjahr ereigneten sich keine außergewöhnlichen Vorkommnisse.

PERSONALBERICHT

Aufgrund demografischer Entwicklungen hat der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte zugenommen. Eine zukunftsgerichtete Personalpolitik muss darauf abzielen, intelligente Konzeptionen zu entwickeln, um Arbeitskräfte zu gewinnen und diese als motivierte Mitarbeiter langfristig zu binden. Die L-Bank hat im Geschäftsjahr verschiedene Maßnahmen durchgeführt und Konzepte erarbeitet, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen.

In Mio. EUR	Limit	Auslastung	Anteil am Gesamt-VaR
Ausfallrisiken	488	451	0,73
Marktpreisrisiken	74	38	0,06
Operationelle Risiken	20	6	0,01
Immobilienrisiken	20	15	0,03
Liquiditätsrisiken	125	103	0,17
Gesamtverlustobergrenze	727	614	1,00

In Karlsruhe und in Stuttgart arbeiteten zum Bilanzstichtag 1.175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.130). Dabei sind Frauen mit einem Anteil von 56,3 % in der Mehrheit. Entgegen dem allgemeinen Bankentrend stieg die Mitarbeiterzahl um 45 Personen. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf den weiterhin sehr hohen Personalbedarf im Geschäftsfeld Elterngeld zurückzuführen. Erfreulich ist auch, dass die Bank im Berichtsjahr 48 Leasingkräfte übernehmen konnte. Die Quote der befristeten Beschäftigungsverhältnisse lag in der Gesamtbank zum Stichtag bei 7,1 %.

Mit umfangreichen Maßnahmen sorgt die L-Bank dafür, dass die Mitarbeiter Familie und Beruf leichter vereinbaren können: So existieren derzeit über 200 praktizierte Teilzeitvarianten, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Eltern Rechnung tragen. Hierzu gehören auch 20 Teleheimarbeitsplätze. Eine immer größere Rolle spielen im Betriebsalltag zudem Kombinationen von Teilzeitarbeit und Teleheimarbeit. Diese Entwicklung spiegelt auch die hohe Teilzeitquote wider, die im Berichtsjahr bei 25,0 % lag (Vorjahr: 25,8 %).

Instrumente für die Gewinnung und Bindung von qualifizierten Arbeitskräften sind neben der marktgerechten Vergütung die Schaffung von attraktiven Arbeitsbedingungen und das Angebot einer Vielzahl von Sozialleistungen. Das neue, architektonisch attraktive Gebäude, direkt am Schlossplatz in Karlsruhe gelegen, wurde im Dezember 2008 bezogen. Es bietet mit seiner Raumgestaltung und hochmodernen Arbeitsplätzen erstklassige Arbeitsbedingungen. In das Gebäude ist ein mit modernen Geräten ausgestattetes Gesundheitszentrum mit einem großen Spektrum an Gesundheitskursen integriert. In Stuttgart besteht dieses Angebot ebenfalls.

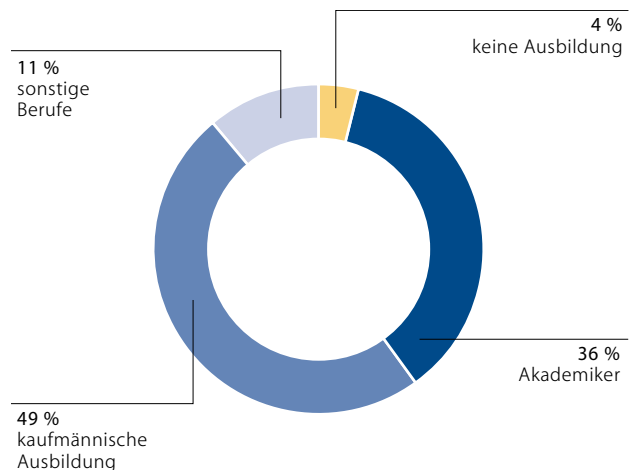
Aufgrund der prognostizierten Versorgungslücke im Rentenalter hat die L-Bank schon vor einigen Jahren eine betriebliche Altersversorgung eingeführt. Neben diesem Beitrag der Bank besteht für die Mitarbeiter die Möglichkeit, eigene Beiträge in Form einer Gehaltsumwandlung einzuzahlen. Von dieser

Option haben im Berichtsjahr 570 Beschäftigte mit einem Umwandlungsvolumen von rund 1,8 Mio. EUR Gebrauch gemacht.

Die L-Bank setzt auch zukünftig bei der Neubesetzung von Stellen verstärkt auf qualifizierten Nachwuchs. Eine der Herausforderungen des Personalmanagements wird deshalb darin bestehen, gute Absolventen zu gewinnen, sowie mittel- und langfristig im Unternehmen zu halten.

Im Berichtsjahr begannen acht Abiturienten ihr Studium an der Berufsakademie Karlsruhe. Sieben BA-Studenten absolvierten im selben Jahr erfolgreich ihr Studium. Um auf Veränderungen in der Hochschulbildung zu reagieren und sich auf den verschärften Wettbewerb um junge Absolventen einzustellen, hat die Bank ihr Nachwuchsförderungskonzept wesentlich umgestaltet. Unter anderem wurde das bisherige Traineeprogramm inhaltlich und formal angereichert und bietet nun auch eigenen BA-Absolventen eine zusätzliche bankinterne Perspektive. In maximal 24 Monaten lernen Hochschulabsolventen wesentliche Bereiche der Bank kennen und setzen in bankübergreifenden Projekten ihr theoretisches Wissen in die Praxis um. Ein auf den Trainee zugeschnittenes Seminar-konzept und Hospitanzen runden die Ausbildung ab.

MITARBEITER NACH BERUFSBILDUNG



PERSONAL ZUM BILANZSTICHTAG IN ZAHLEN

Belegschaft	2008	2007
Gesamtzahl der Beschäftigten	1.175	1.130
Mitarbeiterkapazität in Vollzeitstellen	1.001,4	951,8
Anteil der Teilzeitkräfte an der Gesamtbelegschaft*	25,0 %	25,8 %
Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft	56 %	55 %
Durchschnittsalter	44,5	43,0
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit	14,3 Jahre	15,3 Jahre
Fluktuationsquote	2,6 %	0,8 %
Krankheitsquote	4,4 %	4,3 %
Aus- und Weiterbildung	2008	2007
BA-Studenten	22	21
Trainees	3	3
Auszubildende und Praktikanten (im Jahr)	22	15
Schulungen	301	303
Teilnehmer an Schulungen	1.014	969

* Das Verfahren zur Berechnung der Teilzeitquote hat sich gegenüber dem letzten Geschäftsbericht verändert. Die Zahl des Vorjahrs wurde neu berechnet.

NACHTRAGSBERICHT

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2008 nicht ereignet.

PROGNOSEBERICHT

Die L-Bank veröffentlicht monatlich den L-Bank-ifo-Konjunkturtest Baden-Württemberg. Dieser ist ein äußerst zeitnahes Stimmungsbarometer und ein zuverlässiger Frühindikator für die konjunkturelle Situation in Baden-Württemberg. Befragt werden hierbei über eintausend baden-württembergische Unternehmen zu ihrer aktuellen Lage und ihren Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Im L-Bank-Geschäftsklima-Saldo werden Einschätzungen der gegenwärtigen Geschäftslage mit Erwartungen für die Zukunft kombiniert. Gemäß der Dezemberbefragung 2008 wird sich die Verschlechterung des Geschäftsklimas der gewerblichen Wirtschaft Baden-Württembergs auch im Jahr 2009 weiter fortsetzen. Die Aussichten für die kommenden sechs Monate wurden noch etwas ungünstiger eingeschätzt als bei der letzten Befragung. Die Geschäftserwartungen haben den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht.

Nach Einschätzung der L-Bank können die Konjunkturprogramme des Bundes bzw. des Landes Baden-Württemberg dazu dienen, den beschriebenen Entwicklungen konjunkturwirksam und nachhaltig zu begegnen.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Entwicklungen prognostiziert die L-Bank für das kommende Geschäftsjahr einen Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertungsänderung, bedingt durch einen geringeren Zinsüberschuss und höhere Sachaufwendungen. Letztere entstehen unter anderem aufgrund einer neuen IT-Strategie. Langfristig wird die Bank vermehrt auf Client-Server-Lösungen und Standardsoftware setzen, um eine einheitliche Plattform und Systemlandschaft

zu schaffen und somit die laufenden Betriebskosten zu senken.

Für die Bilanzsumme erwartet der Vorstand einen leichten Anstieg.

Die L-Bank kann sich von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht abkoppeln. In der Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung wird die Höhe der Investitionsmittelnachfrage von der Wirksamkeit der Konjunkturprogramme abhängen. Die Bank erwartet, dass vor allem das Programm „Liquiditätshilfe“ für den Mittelstand in Baden-Württemberg an Bedeutung gewinnen wird. Auch Risikoübernahmen durch die L-Bank werden voraussichtlich stärker nachgefragt. In diesem Zusammenhang erwartet die L-Bank ein weiterhin hohes Interesse der Geschäftsbanken an Globaldarlehen.

Da die Bundesregierung in der derzeitigen Wirtschaftslage beabsichtigt, zur Stärkung der Wirtschaft zunehmend Infrastrukturvorhaben zu realisieren, rechnet die L-Bank in diesem Geschäftsfeld mit einer höheren Nachfrage.

Das Landeswohnraumförderprogramm 2009 orientiert sich weiterhin an dem Leitbild „Kinderland Baden-Württemberg“. Erweitert wird das Förderangebot neben verschiedenen Anreizkomponenten um einen neuen Ansatz der allgemeinen Mietwohnraumförderung in Großstädten sowie an Hochschulstandorten. Damit haben auch am Wohnungsmarkt benachteiligte Personenkreise die Möglichkeit, adäquaten Mietraum zu beziehen. Der Bewilligungsrahmen für die Landesprogramme wurde für das Jahr 2009 um 25 Mio. EUR erhöht. Im Landesprogramm erwartet die L-Bank Anträge für rund 3.200 Wohneinheiten. Bei den Programmen „Wohnen mit Kind“ und „Wohnen mit Zukunft“ zeigt die Vertriebspartnerschaft mit den Hausbanken erfreuliche Ergebnisse. Die L-Bank wird diese Zusammenarbeit weiter ausbauen. Insgesamt bleibt abzuwarten, wie sich die konjunkturelle Entwicklung auf die Bau-tätigkeit in Baden-Württemberg auswirkt.

Im Tätigkeitsbereich Elterngeld rechnet die L-Bank 2009 mit einer gleichbleibenden Zahl an Anträgen. Um die Bearbeitungszeiten weiter zu verkürzen, optimiert die Bank fortlaufend ihre Prozesse. Bei der Sonderleistung „Landeserziehungsgeld“ des Landes Baden-Württemberg prognostiziert die Bank weiterhin rückläufige Anträge.

Der Vorstand rechnet damit, dass das Land die Ausreichung weiterer Finanzhilfen auf die L-Bank übertragen wird. Es ist daher von einem weiter steigenden Mittelvolumen zur Abwicklung auszugehen. Damit verbunden sind jeweils umfangreiche Aufgaben in der Datenhaltung, Statistik und vor allem Überwachung der Mittelverwendung. Für die landesweite Ausdehnung des Programms „Sag mal was“ der Landesstiftung zur Spracherziehung im Vorschulalter wird mit einer Vervierfachung der Fallzahlen gerechnet. Auch aus den Konjunkturprogrammen werden kurzfristig höhere Zuschussvolumina erwartet.

Im Rahmen des Banksteuerungsgeschäftes wird die Bank die weitere Marktentwicklung beobachten. Ihr Anlageverhalten wird auch im kommenden Geschäftsjahr sehr konservativ ausgerichtet bleiben.

Im Rahmen der Refinanzierung der Bank will die Bank die Mischung aus Benchmarkanleihen, Privatplatzierungen und kurzfristigen Geldaufnahmen beibehalten. Dabei ist geplant, ergänzend zum Debt Issuance Programme, ein Commercial Paper Programm aufzulegen und gegebenenfalls auch Repo-Finanzierungen einzusetzen.

Da eine Vielzahl von Förderprogrammen im Hausbankenverfahren ausgereicht wird, kommt den Partnerbanken auch in Zukunft ein besonderer Stellenwert zu. Die Hausbanken sind sowohl Vertriebs- als auch Risikopartner, da sie einerseits die Fördermittel an den Endkunden weiterleiten und andererseits das Obligo in ihre Bücher nehmen.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Förderinstituten wird die L-Bank auch im kommenden Jahr fortführen. Vor allem im derzeitigen konjunkturellen Umfeld kommt den Landes- und Bundesförderinstituten und einem Zusammenspiel ihrer Kräfte eine besondere Bedeutung zu.

JAHRESABSCHLUSS

Jahresbilanz der L-Bank	76
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	80
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	82
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	100
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	100
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	101

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2008

AKTIVSEITE	31.12.2008 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		21.914,54		28.751,17
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 391.414.391,88 (EUR 443.435.216,88)		391.414.391,88		443.435.216,88
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-, -		-, -
			391.436.306,42	443.463.968,05
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		20.519.655,06		143.667.942,81
b) andere Forderungen		20.695.708.920,77		21.102.954.301,44
			20.716.228.575,83	21.246.622.244,25
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			21.967.600.290,40	22.404.857.135,35
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 9.527.683.353,37 (EUR 10.183.488.379,39) Kommunalkredite EUR 5.115.640.259,54 (EUR 5.477.589.330,70)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -, - (-, -)	-, -			-, -
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -, - (-, -)	-, -			-, -
			-, -	-, -
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 3.724.245.636,13 (EUR 2.036.192.327,75)	4.485.600.799,34			2.473.214.600,47
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 9.743.894.531,69 (EUR 8.775.878.519,15)	12.329.209.787,79			11.669.668.152,00
		16.814.810.587,13		14.142.882.752,47
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: EUR 102.095.000,00 (EUR 10.846.384,82)		106.204.684,70		10.443.803,33
			16.921.015.271,83	14.153.326.555,80
Übertrag			59.996.280.444,48	58.248.269.903,45

AKTIVSEITE	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
Übertrag	59.996.280.444,48	58.248.269.903,45
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	-, -	-, -
6. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 477.733.106,47 (EUR 477.733.106,47) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	599.105.436,17	620.096.644,23
7. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN darunter: an Kreditinstituten EUR -, - (-, -) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (-, -)	17.309.202,02	30.809.201,02
8. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 154.494.798,56 (EUR 174.094.392,34)	155.259.868,83	174.859.616,00
9. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE	1.169.832,30	947.969,30
10. SACHANLAGEN	134.736.634,96	111.037.881,10
11. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	153.358.317,08	154.356.532,21
12. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	229.265.959,81	195.895.692,10
SUMME DER AKTIVA	61.286.485.695,65	59.536.273.439,41

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2008

PASSIVSEITE	31.12.2008 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		95.824.171,78		226.118.579,60
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		25.394.204.486,91		22.803.848.466,86
			25.490.028.658,69	23.029.967.046,46
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	-,-			-,-
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-,-	-,-		-,-
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	156.120.755,55			105.187.179,73
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.232.115.401,67			5.760.201.178,46
		6.388.236.157,22	6.388.236.157,22	5.865.388.358,19
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen	23.826.428.204,82			24.461.404.783,11
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere EUR -,- (-,-) eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf EUR -,- (-,-)		-,-		-,-
			23.826.428.204,82	24.461.404.783,11
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN darunter: Treuhandkredite EUR 154.494.798,56 (EUR 174.094.392,34)			155.259.868,83	174.859.616,00
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			397.277.309,67	1.091.505.285,28
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			578.957.280,06	581.249.650,83
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		144.663.977,00		139.068.846,00
b) Steuerrückstellungen		123.100,00		-,-
c) andere Rückstellungen		670.763.412,66		639.233.427,78
			815.550.489,66	778.302.273,78
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			1.114.121.603,64	1.071.280.515,26
Übertrag			58.765.859.572,59	57.053.957.528,91

PASSIVSEITE	31.12.2008 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
Übertrag		58.765.859.572,59	57.053.957.528,91
9. GENUSSRECHTSKAPITAL		539.925.800,00	539.821.490,41
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig EUR -, - (-,-)			
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN		247.000.000,00	129.000.000,00
11. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	950.850.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	-,-		-,-
cb) Rücklage für eigene Anteile	-,-		-,-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-		-,-
cd) andere Gewinnrücklagen	507.000.000,00		507.000.000,00
d) Bilanzgewinn	25.849.533,37		105.643.630,40
		1.733.700.323,06	1.813.494.420,09
SUMME DER PASSIVA		61.286.485.695,65	59.536.273.439,41
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln	-,-		-,-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	9.250.769.641,13		16.816.828.358,20
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-,-		-,-
	9.250.769.641,13		16.816.828.358,20
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,-		-,-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,-		-,-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.675.184.440,82		1.847.917.925,65
	1.675.184.440,82		1.847.917.925,65

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2008 BIS 31.12.2008

	2008 EUR	2008 EUR	2008 EUR	2007 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.948.423.185,59			1.911.436.054,19
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	783.381.930,79			565.282.370,08
		2.731.805.116,38		2.476.718.424,27
2. ZINSAUFWENDUNGEN		2.386.251.007,02		2.148.876.434,25
			345.554.109,36	327.841.990,02
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-,-		-,-
b) Beteiligungen		-,-		7.419.350,65
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		8.092.163,67		3.225.837,62
			8.092.163,67	10.645.188,27
4. PROVISIONSERTRÄGE			37.258.505,28	33.044.255,07
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			9.086.989,31	3.952.080,63
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			16.314.126,27	19.407.670,14
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	62.666.975,62			60.027.022,76
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 3.571.789,39 (EUR 4.969.145,33)	14.165.266,57			14.222.664,64
		76.832.242,19		74.249.687,40
b) andere Verwaltungsaufwendungen		41.456.320,69		39.736.071,08
			118.288.562,88	113.985.758,48
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			6.975.414,53	7.212.218,52
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN			23.305.008,42	26.394.359,73
Übertrag			249.562.929,44	239.394.686,14

	2008 EUR	2007 EUR
Übertrag	249.562.929,44	239.394.686,14
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT „Fonds für allg. Bankrisiken“ EUR 118.000.000,00 (EUR –,-)	148.155.113,99	968.182,69
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE	–,-	8.387.456,95
12. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE	30.661.009,61	–,-
13. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	132.068.825,06	230.039.046,50
14. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	1.174.865,25	1.624.394,44
15. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	152.189,74	183.504,92
16. ZUFÜHRUNG ZU RÜCKSTELLUNGEN FÜR ZINSVERBILLIGUNG	109.035.867,10	126.579.916,20
17. JAHRESÜBERSCHUSS	21.705.902,97	101.651.230,94
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	4.143.630,40	3.992.399,46
	25.849.533,37	105.643.630,40
19. EINSTELLUNGEN IN GEWINNRÜCKLAGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN	–,-	–,-
20. BILANZGEWINN	25.849.533,37	105.643.630,40

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 1.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die Bilanz für die L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde um den Aufwandsposten „Zuführung zu Rückstellungen für Zinsverbilligung“ erweitert (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde deshalb verzichtet (§ 296 Abs. 2 HGB).

GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 340h HGB sowie der Stellungnahme BFA 3/1995. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2008 umgerechnet.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte wurden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 Satz 1 und 2 HGB in der

Gewinn- und Verlustrechnung erfasst; auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen zeitnah begründet sind.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340e ff. HGB).

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Bei Krediten im Rahmen von Förderprogrammen werden Zinsverbilligungsrückstellungen gebildet. Zusätzlich bildet die Bank für noch nicht durch Kredite belegte Förderprogramme Aufwandsrückstellungen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessene Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko, Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gem. § 340f HGB sind aktivisch abgesetzt bzw. werden mit Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt.

Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) laufzeitanteilig auf- bzw. abgezinst werden. Für allgemeine Risiken wurde im Rahmen von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bilanziert.

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Die Bewertungsmethode ist an das Teilwertverfahren nach § 6a EStG angelehnt. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt derzeit 4,75 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p.a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind ausreichend bemessen und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Das Wahlrecht zur Bildung von Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB wird in Anspruch genommen.

Für allgemeine Risiken im Rahmen von außerbilanziellen Geschäften wurde in Form von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen.

Die Bank schließt derivative Geschäfte in erster Linie zur Steuerung der Zinsrisikoposition ab, sie bleiben unbewertet. Daneben werden diese Geschäfte zur Sicherung einzelner Bilanzposten getätigt. Basis der Marktwerte sind die Zinssätze zum 30.12.2008. Die Sicherungsgeschäfte werden zusammen mit den Bilanzposten bewertet.

KWG-GRUNDSÄTZE

Im Geschäftsjahr 2008 hat die Bank die geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	20.520	143.668
bis drei Monate	2.243.352	2.548.517
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.647.814	2.274.954
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.574.157	6.538.786
mehr als fünf Jahre	9.230.386	9.740.697
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	657.413	1.572.586
mehr als drei Monate bis ein Jahr	882.764	840.903
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.300.437	3.960.099
mehr als fünf Jahre	16.126.986	16.031.269
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Anleihen und Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig sind	2.849.124	1.172.284
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	95.824	226.119
bis drei Monate	4.706.510	2.925.836
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.401.171	2.921.450
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.486.788	7.435.593
mehr als fünf Jahre	9.799.736	9.520.969
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	156.121	105.187
bis drei Monate	813.143	260.834
mehr als drei Monate bis ein Jahr	96.354	56.732
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	552.865	314.970
mehr als fünf Jahre	4.769.753	5.127.665
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
bis drei Monate	4.893.239	4.043.683
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.948.629	5.747.644
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	12.031.767	11.073.633
mehr als fünf Jahre	2.952.793	3.596.445
davon im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ im Folgejahr fällig: TEUR 8.841.868 (Vorjahr TEUR 9.791.327)		

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.487.394	3.487.992
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	70.493	59.093
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	313.981	259.744
– nachrangige Forderungen	70.809	45.416
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dem Unterposten „Anleihen und Schuldverschreibungen“ sind keine verbrieften nachrangigen Forderungen oder Forderungen an Beteiligungs- bzw. verbundene Unternehmen enthalten.		
Von den in dieser Position ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	15.770.382	13.236.618
– nicht börsennotiert	1.150.633	916.708
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von TEUR 16.572.301, davon sind unter Berücksichtigung der Sicherungsbeziehungen TEUR 10.300.057 wie Anlagevermögen bewertet. Der Marktwert dieser Wertpapiere beträgt TEUR 9.755.933. Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die Kurswertreserve beläuft sich auf TEUR 71.280. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden hauptsächlich Börsen- und indikative Kurse sowie Modellwerte (DCF-Methode mit Bonitäts spread) zum Ansatz gebracht.		
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	–	–
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	9.941	1.723
– nicht börsennotiert	0	0
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN		
In diesem Posten sind keine Anteile enthalten, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind.		

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
- Forderungen an Kreditinstitute	97.809	105.504
- Forderungen an Kunden	57.451	69.356
SACHANLAGEN		
Enthalten sind		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	112.724	64.632
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.737	5.604
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.500	-
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	71.457	81.190
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	69.986	73.939
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.067.905	3.759.497
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	4.855
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.183	32.305
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	129.077	142.555
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	41.268	46.146
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	18.107	6.278

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN		
In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften bzw. verbundenen Unternehmen enthalten.		
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen angefallen in Höhe von	43.906	43.123

Die Mittelaufnahmen, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währung:	EUR
Betrag in Mio.:	250
Zinssatz %:	4,1250
Fällig am:	14.01.2009

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind ausschließlich für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
- Forderungen aus Swaps und sonstigen Geschäften	107.897	89.224
- Kunstgegenstände	13.754	13.585
- Forderungen aus Verkauf bebauter Grundstücke	11.026	12.396
- Optionsrechte	5.777	5.777
- Partizipationsscheine	7.500	-
- Grundstücke und Gebäude im Umlaufvermögen	2.176	7.133
- Anzahlung für Aktienkauf	-	21.583
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
- Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	302.120	1.019.566
- endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	80.732	58.785
- Stillhalterverpflichtungen aus Optionen	5.777	5.777
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
- von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	437.157	464.672
- vorab empfangene Einmalzahlungen aus Swaps	82.309	63.953
RÜCKSTELLUNGEN		
- unter den anderen Rückstellungen: Rückstellungen für im Rahmen von Förderaufgaben aufzubringende Zinsverbilligungsmittel	508.140	500.126
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind vor Abzug der Risikovorsorge enthalten:		
- Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	2.146.865	11.640.797
- Credit Default Swaps	5.567.929	4.550.146
PROVISIONSERTRÄGE		
- Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	22.600	22.658
- Erhaltene Bürgschaftsgebühren	14.659	10.386
PROVISIONSAUFWENDUNGEN		
- Gezahlte Bürgschaftsgebühren	5.739	428
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
- Erträge aus Vermietung	6.261	6.919
- Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	5.309	5.828
- Periodenfremde Steuerrückerstattung	133	129
- Buchgewinne aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	71	2.139

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare inkl. USt. an den Abschlussprüfer erfasst:		
- für die Abschlussprüfung	446	441
- für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	5	6
- sonstige Leistungen	18	450
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
- Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	18.407	18.407
ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		
- Außerplanmäßige Abschreibungen	26.828	15.784
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
- Vermögensgegenstände	979.578	768.038
- Schulden	7.405.767	7.227.025

Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für die Refinanzierung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren bei der Deutschen Bundesbank Wertpapiere in Höhe von insgesamt EUR 8.624,7 Mio. (Vorjahr EUR 3.087,9 Mio.) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2008 Wertpapiere in Höhe von EUR 3.400 Mio. kreditiert (Vorjahr EUR –,–).

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von EUR 14,6 Mio.

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 1.1.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.7.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 1.1.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Der Gesamtbetrag sonstiger am Bilanzstichtag bestehender finanzieller Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, ist für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate überwiegend der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven mit negativen Marktwerten (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Gemäß § 285 Nr. 18 HGB sind die mit der Marktwertbewertungsmethode bewerteten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte	Nominal- werte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
In Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2007
ZINSRISIKEN						
– Zinsswaps	87.227	85.162	1.686	–2.074	1.342	–1.448
– Zinsoptionen						
Käufe (long)	230	160	24	–	5	–
Verkäufe (short)	230	160	–	–23	–	–7
Zinsrisiken – gesamt –	87.687	85.482	1.710	–2.097	1.347	–1.455
WÄHRUNGSRISIKEN						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	332	275	0	–7	1	–1
– Währungs-, Zinswährungsswaps	7.919	7.265	282	–410	75	–1.071
Währungsrisiken – gesamt –	8.251	7.540	282	–417	76	–1.072
AKTIEN UND SONSTIGE PREISRISIKEN						
– Aktientermingeschäfte (nennwertlos)	–	0	–	–	427	–
Aktien und sonstige Preisrisiken – gesamt –	–	0	–	–	427	–
KREDITDERIVATE (CDS)						
– Sicherungsgeber	5.568	4.550	–	–266	0	–20
– Sicherungsnehmer	20	20	0	–	–	0
Kreditderivate – gesamt –	5.588	4.570	0	–266	0	–20

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergibt sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von EUR 302 Mio. sind die negativen Marktwerte der Zins-/Währungsswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein passivischer Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2008 saldiert einen negativen Marktwert von EUR 388 Mio. auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet. In den aktiven und passiven Bilanzposten sind zinsinduzierte stille Reserven enthalten, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen von EUR 5.568 Mio. in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG	Nominal-	Nominal-	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	werte	werte	positiv	negativ	positiv	negativ
In Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2007
– Banken in der OECD	90.545	85.181	1.719	–2.547	1.243	–2.388
– Öffentliche Stellen in der OECD	–	3.377	–	–	0	–14
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	10.981	9.034	273	–233	607	–145
Gesamt	101.526	97.592	1.992	–2.780	1.850	–2.547

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungs-	Währungs-	Kredit-	Kredit-
			risiken	risiken	derivate	derivate
Nominalwerte						
In Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Restlaufzeiten						
– bis 3 Monate	10.053	5.322	1.117	762	175	147
– bis 1 Jahr	8.926	6.902	1.153	1.217	55	132
– bis 5 Jahre	37.146	44.607	4.581	4.546	1.265	1.249
– über 5 Jahre	31.562	28.651	1.400	1.015	4.093	3.042
insgesamt	87.687	85.482	8.251	7.540	5.588	4.570

Die dargestellten Geschäfte enthalten keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN INSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten, die die Bank von externen Anbietern bezieht: Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption-, FX-Volatilitäten. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z. T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

ANGABEN ZUR STEUERPFICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340a (4) NR. 2 HGB

Nr.	Name/Sitz	unmittelb. Anteile %	Eigenkapital(*) in TEUR	Ergebnis(*) in TEUR
1.	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.581	19.189
2.	Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.347	-3.318
3.	CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	24,50	25	0
4.	Dorner GmbH, Gaildorf	40,00	-2.593	-488
5.	EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	(***)	(***)
6.	Elexxion AG, Radolfzell	44,03	3.417	-1.711
7.	Flyion GmbH, Tübingen	36,01	-1.414	-448
8.	Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG (GIG), Gottmadingen	100,00	5.527	-132
9.	Greenovation Biotech GmbH, Heilbronn/Freiburg	34,89	1.332	-942
10.	KOKI Technik Holding GmbH, Konstanz	36,55	8.630	-9.358
11.	Louis Renner GmbH & Co. KG, Gärtringen	37,40	1.796	2.177
12.	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	30.371	4.170
13.	Mellifera Dritte Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	26,00	11.097	-189
14.	Micropelt GmbH, Freiburg	20,33	-843	-2.050
15.	mindlab GmbH, Esslingen	21,94	1.574	-499
16.	PT German Centre Indonesia, Bumi Serpong Damai, Indonesien	83,67	6.208	-279 (**)
17.	Renner, Megenhardt & Co. GmbH, Gärtringen	37,35	146	8
18.	Seleon GmbH, Heilbronn	30,36	3.677	-1.227
19.	Solo Stirling GmbH, Sindelfingen	22,59	(***)	(***)

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340a (4) NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelb. Anteile %	Eigenkapital(*) in TEUR	Ergebnis(*) in TEUR
20. StEP Stuttgarter EngineeringPark GmbH, Stuttgart	100,00	16.523	-1
21. Stulz Wasser- und Prozesstechnik GmbH, Grafenhausen	49,00	24.339	1.335
22. Sympore GmbH, Tübingen	27,95	(***)	(***)
23. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	17.558	1.015
24. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	9.307	-859
25. TNI Medical AG, Freiburg	33,21	3.207	-2.443
26. Trivid GmbH, Tübingen-Dettenhausen	29,99	398	-137
27. Ulrich GmbH & Co. KG, Ulm	21,29	6.258	1.960
28. Ulrich Verwaltungs GmbH, Ulm	21,20	46	2
29. Wessel Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	3.093	-3.632

(*) Jeweils des letzten vorliegenden Geschäftsjahres.

(**) Umrechnungskurs zum 31.12.2008: 1 EUR = 15.575 IDR.

(***) Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen – Bilanzposten –	Anschaffungs- kosten 01.01.2008 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abschreibungen und Wertbericht. kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2008 TEUR	Abschreibungen und Wertbericht. 2008 TEUR
Schuldverschr. und andere festverz. Wertpapiere	15.505.425						16.572.301	–
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	–				Nettoveränderung nach § 34 (3) S. 2 RechKredV: TEUR 933.240		–	–
Beteiligungen	688.667						599.105	–26.828
Anteile an verb. Unternehmen	61.383						17.309	–
Immaterielle Vermögenswerte	8.102	940	–	–	–	–7.872	1.170	–718
Sachanlagen	187.754	30.010	–330	–	–	–82.698	134.737	–6.257
Sonstige Ver- mögensgegen- stände	13.607	169	0	–	–	–22	13.754	–

DECKUNGSRECHNUNG DER L-BANK FÜR HYPOTHEKENPFANDBRIEFE ZUM 31.12.2008 (IN TEUR) AUF BASIS DER PFANDBRIEF-BARWERTVERORDNUNG VOM 19. DEZEMBER 2003:

Mit Rückzahlung des letzten im Umlauf befindlichen Namenspfandbriefes in 2008 hat die L-Bank ihr Deckungsregister geschlossen. Die Emission von Pfandbriefen nach dem Pfandbriefgesetz ist derzeit nicht geplant.

**GESAMTBZÜGE VON GREMIEN UND VERWALTUNGSORGANEN
DER L-BANK IN 2008**

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
- Verwaltungsrat	157	158
- Vorstand	2.034	1.973
darunter: Bezüge des Vorstandsvorsitzenden	679	659
- ehemalige Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene	848	838
- Beirat (inkl. Reisekosten)	171	144
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	12.395	12.065

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
- Verwaltungsrat	150	160
- Vorstand	605	808

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

**ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2008
BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER**

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter	489	623	1.112
davon: Vollzeitbeschäftigte	468	347	815
Teilzeitbeschäftigte	21	276	297

ohne Auszubildende, Praktikanten

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340a ABS. 4 NR. 1 HGB

CHRISTIAN BRAND, VORSITZENDER DES VORSTANDS

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim	Mitglied der Trägerversammlung, stv. Mitglied des Verwaltungsrats, Mitglied des Kreditausschusses
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats
Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH, Wasseralfingen	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg	Mitglied des Aufsichtsrats
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats

JÜRGEN HÄGELE, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	Mitglied des Aufsichtsrats
Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG (GIG), Gottmadingen	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Landesimmobiliengesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Stv. Mitglied des Verwaltungsrats
Internationales Bankhaus Bodensee AG, Friedrichshafen	Mitglied des Aufsichtsrats

DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, MITGLIED DES VORSTANDS

Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG (GIG), Gottmadingen	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS

Baden-Württembergische Spielbanken GmbH & Co. KG, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats
EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe	Mitglied des Aufsichtsrats
Gottmadinger Immobiliengesellschaft AG (GIG), Gottmadingen	Mitglied des Aufsichtsrats

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2008	
Christian Brand Vorsitzender	Ordentliche Mitglieder	
Jürgen Hägele Stv. Vorsitzender	Vertreter der Landesregierung*	Weitere Mitglieder**
Dr. Manfred Schmitz-Kaiser	Ernst Pfister MdL Wirtschaftsminister Vorsitzender ab 01.12.2008 Stv. Vorsitzender bis 30.11.2008	Martin Lamm Präsident der Handwerkskammer Freiburg
Dr. Karl Epple	Willi Stächele MdL Finanzminister Stv. Vorsitzender ab 01.12.2008 Vorsitzender ab 04.06.2008 bis 30.11.2008	Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold Präsident der IHK Karlsruhe
	Gerhard Stratthaus MdL Finanzminister Vorsitzender bis 04.06.2008	Heinz Kälberer Oberbürgermeister a. D., Vaihingen
	Heribert Rech MdL Innenminister Stv. Vorsitzender	Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg ab 01.12.2008
	Peter Hauk MdL Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stv. Vorsitzender	Gisela Gräber Stv. Landesbezirksleiterin a. D., VER.DI Baden-Württemberg bis 30.11.2008
	Tanja Gönner Umweltministerin	Dr. Jürgen Schütz Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg
	Dr. Monika Stolz MdL Ministerin für Arbeit und Soziales	Gerhard Burkhardt Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württember- gischer Wohnungsunternehmen e.V.
	Hubert Wicker Staatssekretär im Staatsministerium	N.N. ab 01.12.2008
	Dr. Gisela Meister-Scheufelen Ministerialdirektorin im Finanzministerium	Marco Freiherr von Maltzan Vorsitzender der Geschäftsführung der HT Troplast GmbH (profine group) bis 30.11.2008
		Beratende Mitglieder
		Reiner Enzmann Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
		Clemens Meister Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe
		Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart

* Mitglieder kraft Amtes

** persönlich bestellt

Stellvertretende Mitglieder

Stellvertreter der Landesregierung

Richard Drautz Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
Gundolf Fleischer MdL Staatssekretär im Finanzministerium
Rainer Arnold Ministerialdirektor im Innenministerium
Max Munding Ministerialdirektor im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum bis 30.11.2008

Bernhard Bauer Ministerialdirektor im Umweltministerium
Dieter Hillebrand MdL Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales
Günther Benz Ministerialdirigent Leiter Abt. I im Staatsministerium
Prof. Dr. Claus Eiselstein Ministerialdirigent Leiter der Abt. III im Staatsministerium

Stellvertreter

Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
Dr. Ing. Hansjörg Rieger Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH & Co. KG
Gerhard Roßwog Vorsitzender des Vorstands des Badischen Genossenschafts- verbandes e.V.
Frank Zach Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg
Roger Kehle Geschäftsführender Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg
Andreas Schmitz Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
N.N. ab 01.12.2008
Wilhelm Freiherr von Haller Mitglied Management Committee Deutsche Bank AG bis 30.11.2008

Weitere Stellvertreter
der Landesregierung

Prof. Dr. Willi Weiblen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Wirtschaftsordnung und Verwaltung im Wirtschaftsministerium bis 30.11.2008
Walter Leibold Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Finanzministerium bis 30.11.2008
Volker Jochimsen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium bis 30.11.2008
Klaus Röscheisen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt und Verkehr bis 30.11.2008
Thomas Halder Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Soziales bis 30.11.2008
Dr. Georg Walch Ministerialrat Leiter des Referats Haushalts- und Steuerpolitik, Steuerschätzung, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium bis 30.11.2008
Norbert Schmitt Ltd. Ministerialrat Leiter des Referats Staatl. Beteiligungen, Kreditwesen im Finanzministerium bis 30.11.2008

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 von EUR 25.849.533,37 eine Ausschüttung in Höhe von EUR 25,0 Mio. an das Land Baden-Württemberg vorzunehmen und den danach verbleibenden Betrag von EUR 849.533,37 auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 03. März 2009

L-Bank

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2008

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 03. März 2009

Christian Brand Jürgen Hägele Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Dr. Karl Epple

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der L-Bank für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung

umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 03. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ralf Steffan
Wirtschaftsprüfer



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001567
© 1996 Forest Stewardship Council

Druck: Dr. Cantz'sche Druckerei GmbH & Co. KG

Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz
76113 Karlsruhe

Tel. 0721 150-0
Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1
70174 Stuttgart

Tel. 0711 122-0
Fax 0711 122-2112

www.l-bank.de